

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag, abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Parli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von A. Panitz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: 211. — Anzeigenpreise: Für Inserate Nr. 6286, für die Redaktion Nr. 6287, für den Verlag und Drucker Nr. 6285. — Postzeitungssatz 2. Nachtrag, Seite 110 — Bezugspreis: Vom 16. bis 30. September 1.00 Mark, Abolot 0.80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreispaltige 10 Millimeter breite Kleinazeige örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Druckvorchriften keine Gewähr. Druckort: Magdeburg. Postkontonummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 227.

Magdeburg, Dienstag den 29. September 1925.

36. Jahrgang

Sumpfb Blüten.

Wir haben in den letzten Monaten so manchen Bericht aus Mitteldeutschland geben, dessen manchmal fast unglaubliche Mitteilungen aus dem kommunistischen Parteijumpf durch die Wirklichkeit allerdings noch übertrifften wurden. Wie in keinem andern Orte hat man in Halle die Bezirksfeldwebel für die kommunistische Partei ausgewechselt, und von Berlin aus ergoß sich über Halle und Mitteldeutschland ein Bienenschwarm unbekannter Finsterlinge aus allen Erdenwinkeln, die das mitteldeutsche Proletariat mit geheimnisvollen Urkräften des wahren Bolschewismus bekanni machen sollten. Hier froch das politische Rücken Scholem aus dem nur unzulänglich ausgebrüteten Ei, hier betätigte sich kommunistisch-revolutionärer Latendrang in der ebenso burlesken wie in ihren Folgen fürchterlichen Söldiade, hier konnten völkische Phantasten als militärische Leiter der bolschewistischen Zentrale Diäten und schwere Kampfzulagen schlucken, und dort treibt noch eine Anzahl merkwürdiger Gestalten als Funktionäre, Redakteure und Abgeordnete ihr Wesen, die vor noch nicht all zu langer Zeit begeisterte Reichswehrleute ohne Aussicht auf rasche Beförderung waren, die als Vorkämpfer unter Vermont und von der Goltz „gerubelt“ haben und dem schönen Sake huldigten: „Der Kubel rollt, der Jude großt; es grinsen die Wanditen!“

Fein Wunder, daß in Mitteldeutschland die gelbe Begeisterung grassiert und ausgerechnet die lautesten Schreier aus den Reihen der Söldiade bei Werwolf und Stahlhelm eine häßliche Rolle spielen. Die Abfägung der Ruth-Fischer Zentrale und die unerwartete Enghelika der Moskauer Urwäter haben dort ihre Wirkung ausgeübt. Alle Bande frommer Scheu gingen in die Brüche. Es kommt jetzt zu einem erbitterten Reine machen, das sich voller Verzweiflung „Diskussion über den Brief der Exekutive“ bezeichnet. Die „rote Fahne“ bezichtigt den Professor Rorsch offen der „antibolschewistischen Einstellung“. Ernst Meyer hat es selbst gesagt, daß Rorsch „Marx und Engels ebensowenig begriffen habe wie Lenin“.

Noch schlimmer aber kommt der unrühmlichste bekannte Abgeordnete Kilian davon, von dem der Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe für Mitteldeutschland, Höder, behauptet:

Der Genosse Kilian hat sich in der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses zwar mit der Aenderung des Parteikurses einverstanden erklärt — angeblich hat er diese Notwendigkeit schon längst eingesehen — aber er betonte zugleich, daß vieles in dem Exekutivbrief nicht richtig ist. Solche schwankenden Gesalten versperrten den Weg für die Partei!

Nicht besser geht es dem famosen Rosenbaum, weiland militärischer Leiter für Mitteldeutschland, früher linkerster Linke, heute Anhänger des Moskauer Diktats. Ihm sagte Höder:

Im Gegensatz zu Kilian stimmt Rosenbaum dem Briefe der Exekutive vorbehaltlos zu. Aber auch er nur scheinbar! Das Geschehen gegen die bisherigen „Rechten“ wirkt direkt komisch, wenn der linken Führergruppe Fischer-Maslow eine Reihe rechter Schweinereien nachgewiesen wird. Die wichtigsten sind: Ueberhöhung des Parlamentarismus, Kompromißvorschlag Maslows mit den Bürgerlichen, papierne Mandrierungsparolen u. a. m. Das waren „rechte“ Schweinereien der angeblich linken Parteiführung, mit der Genosse Rosenbaum alle diese Dinge kritiklos mitmachte!

Rosenbaum selbst hat ein Gummirückgrat. Er brachte es fertig, trotzdem er mit Ruth durch die und dann gegangen und jeden Andersdenkenden getötet hatte, auf der Funktionärskonferenz zu sagen:

Bedauerlich ist, daß dem Briefe auch von solchen Genossen zugestimmt wird, die bisher ganz andre Auffassungen vertreten haben. Nicht die Gesamtpolitik der Partei ist falsch gewesen, sondern erst von der Zeit an, als es für die Partei klar war, daß die revolutionäre Periode vorüber war!

Diese Haltung war selbst den härtesten „Effiharien“ zu hant. Die kommunistischen Funktionäre haben daher ein Resolutionsgeh eingebbracht, das die Atherufung dieses politischen Fabeltiers aus seiner Stellung als Leiter des politischen Bureaus fordert.

Interessant ist die Rolle, die der bekannte Reinhold Schönlanck spielt. Bis vor kurzem durfte er nicht mehr reden; man hielt ihn von allen Veranstaltungen fern und beschimpfte ihn, weil er im Verdacht der „Rechtsabweichung“ stand. Heute muß das kommunistische Organ besänftigt werden, daß derselbe Schönlanck in der Funktionärskonferenz offen erklärt, daß „die Politik der letzten anderthalb Jahre absolut falsch war“.

Auf dem Kasseler Metallarbeiterverbandstag wurde eine geradezu verbrecherische Politik getrieben. Seit dem verpufften Oktober war die revolutionäre Welle abgefließen. Schamlos ist, daß diejenigen, die die von der Ex-

kutive beurteilte Politik gestützt haben, jetzt mit einem Schlage umkippen. Ruth Fischer hat mit dem offenen Briefe ihr eignes Todesurteil unterschrieben. Man muß auch offen über den Genossen Sinowjew sprechen, der diese Politik gestützt und für sie verantwortlich ist.

Das kostet Schönlanck den Kopf, denn an die bolschewistischen Götter darf man nicht tasten!

Peter Maslow, politischer Redakteur des mitteldeutschen Kommunistenorgans, stellt vier falsche Disfunktionsrichtungen fest:

Eine Gruppe ist da, die rechtsum kehrt macht, die glaubt, einfach den Kopf umstülpen zu können; der zweiten Gruppe kann man die Unterschrift geben: „Wir, die wir schon immer...“, bei denen herrscht innere Unwahrhaftigkeit und mangelndes Verantwortungsgefühl. Die dritte Richtung ist die der Schadenfrohen. Die schlimmsten sind die, die den offenen Brief als Ausfluß russischer Staatspolitik bezeichnen, wie Rorsch und Konjorken. Der Exekutivbrief will für die deutsche R. P. D. endlich die richtige revolutionäre Einheitsfronttaktik für die Tagesarbeit entwickeln.

Da die Konferenz nicht abgeschlossen wurde, muß die Zeitung die Spalten öffnen. Da liest man heute bittere Antworten der Gepeinigten, die sich an den Kopf werfen: „Die Debatte vergiften, ... Unehrllichkeit ... Verdrehung ... Fälschung ... opportunistische Entgleisungen, tollste Fälschungen ... Blödsinn“ und dergleichen mehr.

Auch das Magdeburger Kommunistenblättchen war auf dem besten Wege zu dieser „brüderlichen Kampfesweise“, beruhigte sich aber etwas nach einigen ebenso derben wie hinterhältigen Fußtritten gegen den Parteisekretär Grube. Dieser selbst minjelt seinen Parteigenossen in vielen spaltenlangen Artikeln vor, daß er kein Halbundhalber sei, sondern nur mißverstanden worden ist. Die Arbeiter fassen ihre Meinung über solche Parteifloafe in dem kurzen Worte zusammen: ekelhaft!

Der Weg vom Baltikum, von Ehrhardt und Löwenfeld bis zu Goltz, Ruth Fischer und Werner Scholem ist dunkel und verworren; die vielen, die ihn gewandelt sind, werden sich als heutige „Funktionäre“ der alleinseligmachenden kommunistischen Partei mit Selbstverständlichkeit in die vorgeschriebene neue Haltung schicken. Noch viel leichter und noch viel selbstverständlicher werden diese Gestalten jedoch eines Tages den Weg zurückfinden, woher sie gekommen sind, nämlich den Weg zu Ehrhardt, von der Goltz und Löwenfeld. Auf der Strecke aber werden bleiben die arglosen Arbeiter, die für eine kurze Stunde den Tiraden dieser Männer glaubten und dafür eine Ewigkeit zu büßen haben!

Im Dienste der Unternehmer.

Die „Gewerkschaftszeitung“ ist in der Lage, skandalöse Vorgänge im und um das Reichsarbeitsministerium herum aufdecken zu können, dessen arbeiterfeindliche Einstellung bisheilig beleuchtet wird durch eine „Aktennotiz“, datiert vom 10. August d. J., gezeichnet von Doktor Meißinger, dem Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, in deren Auftrag diese etwas umfangreiche Aktennotiz verfaßt worden ist. Es heißt da zunächst:

Am Sonnabend den 8. August hatte ich eine vertrauliche Besprechung mit den Herren Ministerialdirektor Dr. Siggler und Ministerialrat Nemes. Der Ausgangspunkt der Besprechung war die Lage im Baugewerbe mit Hinweis auf die am Montag beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Es kam mir darauf an, noch einmal die Herren mit allem Nachdruck zu bitten, die derzeitigen Bauarbeiterlöhne als Ergebnis auch der für die einzelnen Bezirke erfolgenden Verhandlungen unbedingt festzuhalten und gleichzeitig dahin zu wirken, daß die Arbeit in den bestreikten Bezirken zu den bisherigen Bedingungen vorbehaltlich der Durchführung des Schiedsverfahrens wieder aufgenommen wird.

Beide Herren bestätigten mir, daß sie entschlossen seien, dieses Ziel zu erreichen.

Das ist die unerhörteste Einmischung in ein schwebendes Schlichtungsverfahren, die uns jemals vorgekommen ist. Wir erinnern daran, daß der Ministerialrat Nemes der Vorsitzende, der „unparteiische“ Vorsitzende des Schiedsgerichts war, das auf Wunsch der Unternehmer und auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums zusammentrat, um eine Einigung im Baugewerbe herbeizuführen. Der Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat die Unverfrorenheit, sich direkt an den allmächtigen Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Dr. Siggler zu wenden, um mit dessen Hilfe auf den vom

Reichsarbeitsministerium ernannten „Unparteiischen“ im Sinne der Unternehmer einzuwirken.

Daß sich aber Ministerialdirektor Dr. Siggler und Ministerialrat Nemes bereit erklären, den Wünschen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu entsprechen, ist ein Skandal, der unmöglich ungefühnt bleiben kann. Die Gewerkschaften können nicht mehr das geringste Vertrauen zu einem vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichter haben, wenn dieser Skandal ungefühnt bleibt.

Meißinger erklärt dann in der Aktennotiz, welche reaktionären Vorschläge er für kommende Schlichtungsverfahren entwickelte und fährt dann fort:

Die Herren zeigten für diesen von mir vorgeschlagenen Weg volles Interesse, wie überhaupt erfreulicherweise festgestellt werden muß, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage wohl reifliche Uebereinstimmung bestand. Dr. Siggler namentlich erklärte, daß er sich im Sinne meiner Ausführungen vor Tagen bei einer Schlichterbesprechung in Kassel geäußert habe, wobei er wieder feststellen konnte, daß ein großer Teil der Schlichter über das von ihm entrollte Wirtschaftsbild unorientiert war und daß die Schlichter überrascht gewesen wären, weil sie die Lage bislang doch noch viel ruhiger angesehen hätten. Diese Schlichterbesprechung habe also zweifellos auf die Schlichter tiefen Eindruck gemacht und würde ihre Auswirkung auch auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen.

Dr. Siggler sagte weiter zu, er wolle in den sich ihm bietenden Fällen Begründungen im beregten Sinne geben und mir solche Entschuldigungen dann auch jeweils zur Kenntnis übersenden; im übrigen wolle er dem Minister über die Unterredung mit mir Kenntnis geben.

Nach dieser Darstellung kann man das Reichsarbeitsministerium heute nur noch als die sozialpolitische Abteilung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bezeichnen. Der Reichsarbeitsminister ist nach dieser Darstellung nichts anderes als ein Syndikus der Unternehmer, der in deren Auftrag Broschüren zu schreiben und die Schlichtungsstellen zu „informieren“ hat. Doch zitieren wir weiter diese Aktennotiz:

Dr. Siggler teilte ferner, zwar in vorsichtiger Weise, aber deutlich genug mit, daß das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen habe, von dem Mittel der Verbindlichkeitserklärung so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen und selbst bei den lebenswichtigen Betrieben (Hohle, Braunkohle, Eisenbahn) sich auch die Nichtanwendung von Fall zu Fall noch offen zu lassen.

Siggler bezeichnete als Ziel dieser Maßnahme, er wolle vorbeugen, daß bei einer künftigen Reform des Schlichtungswesens, die auch er erwarte, eine wesentliche Modifizierung der Bedingungen über die Verbindlichkeitserklärungen den Anschein erwecken könne, als würde dem Reichsarbeitsminister bei dieser Schlichtungsordnung ein bislang von ihm in Anspruch genommenes und ausgeübtes Recht entzogen. Er würde vielmehr schon vorher die Praxis darauf einspielen, sich dieses Mittels zu enthalten; dadurch wieder wird für das Ministerium die Gesetzesänderung ohne Prestigeverlust erträglich und der Wirtschaft sei auch jetzt schon geholfen. Vor allem erklärte sich Siggler völlig mit mir darüber einig, daß es ganz ausgeschlossen wäre, der einschenden Wirtschaftskrisis, die auch er spätestens ab Oktober erwarte und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaues durch das Mittel des staatlichen Zwangs entgegenzuwirken, eine Uebereinstimmung, die ich mit besonderer Genugtuung feststellte.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß das Reichsarbeitsministerium die Zusage, die der Ministerialdirektor Siggler gegeben hat, wonach die Schiedsprüche für die Reichsbahn usw. nicht für verbindlich erklärt würden, pünktlich eingehalten hat. Daß die Schlichter den Wünschen der Unternehmer, die ihnen vom Reichsarbeitsministerium übermittelt werden, Rechnung tragen, das beweisen mit aller Deutlichkeit die Schiedsprüche der letzten Monate.

Wir übergeben einen Teil der Aktennotiz, in dem insbesondere die Uebereinstimmung zwischen Meißinger und Siggler festgestellt wird in der Frage, daß es auf keinen Fall Lohnerhöhungen geben dürfe, obwohl die Unternehmer, durch die Deflationstriebe gezwungen, bereit seien, die Löhne zu erhöhen, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Dann heißt es weiter:

Ferner die Bitte Dr. Sigglers, jetzt keine Kundgebungen, besonders keine schriftlichen, Kundschreiben usw. über die Aenderung in der Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu erlassen, damit bei den Gewerkschaften nicht der Eindruck entsteht, das Ministerium sei den Wünschen der Unternehmer gefolgt. Aber die Stellung des Ministeriums zur Arbeitszeitfrage sei noch angeführt:

In der Arbeitszeitfrage erklärte er, das Reichsarbeitsministerium werde keine Verordnung nach § 7 mehr erlassen; es halte den jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand als der Wirtschaftslage für lange Zeit angemessen und werde auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln in die Länge ziehen. Das vielleicht Ende des Jahres erwartet werden könnte, wäre lediglich ein Referentenentwurf, der dann nach zur öffentlichen Diskussion gestellt, zum Ministerialentwurf

berichtet, zum Kabinetentwurf ausgearbeitet und schließlich dann auch noch dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden müßte. Man habe außerdem auch davon Abstand genommen, ein einheitliches Arbeitszeitgesetz zu machen und wolle die Form des Arbeiterchutzgesetzes wählen mit folgenden Hauptkapiteln: 1. Geltungsbereich, 2. Betriebsrat, 3. Arbeitszeitgesetz, 4. Fabrikarbeitsrat, 5. Gesundheitschutz für Frauen und Jugendliche, 6. Übergang zu den Schlußbestimmungen.

Höher geht es wirklich nimmer! Die ganze Sozialpolitik wird einfach an die Unternehmer und zwar an den reaktionärsten Flügel der Unternehmerverbände ausgeliefert und mit diesem vereinbart, wie man unsere Sozialpolitik zum Gespött der Welt macht und wie man die Gewerkschaften hineinlegt. Wir werden ja hören, was insbesondere die christlichen Gewerkschaften zu dieser Art Sozialpolitik zu sagen haben. Wir sind der Meinung, daß eine derartige Sozialpolitik und ein derartiges Reichsarbeitsministerium die schlimmste Korruption darstellen, die man sich nur irgend vorstellen kann.

Erklärung des Arbeitsministers.

Das Reichsarbeitsministerium verbreitet eine Erklärung zu vorstehendem Skandal, die ihn aber nicht abschwächt. Es spricht darin einmal von „angeblichem Aktienvermerk“, und im selben Atemzug von „einseitigem Aktienvermerk“ Doktor Meißingers; dann von Mißverständnissen des Dr. Meißingers.

Das Reichsarbeitsministerium redet sich weiter auf die Abwesenheit des Ministerialdirektors Dr. Szyler hinaus. Aber Herr Ministerialrat Mewes ist anwesend. Im übrigen hat Ministerialdirektor Dr. Szyler, wie Dr. Meißinger in seiner Aktiennotiz vermerkt, seinerzeit den Reichsarbeitsminister von dem Inhalt der Besprechung informiert. Der Reichsarbeitsminister bestreitet auch keineswegs, von Ministerialdirektor Dr. Szyler informiert worden zu sein.

Ferner wird versucht, die Besprechung zwischen dem Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Ministerialdirektor Dr. Szyler als „eine der vielen“ Besprechungen hinzustellen, wie sie tagtäglich auch mit Vertretern der Arbeiterität stattfinden. Der Minister wird aber trotz eifrigen Suchens keinen Fall anführen können, wo sich Gewerkschaftsführer derartige Beeinflussungen öffentlicher Schlichtungsstellen erlaubt hätten.

In der Erklärung wird auch bestritten, daß das Reichsarbeitsministerium die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln verhindert, wie der „Vorwärts“ am Freitagabend behauptet hat. Der Gesetzentwurf würde nur mit besonderer Gründlichkeit bearbeitet. Welch harmlose Erklärung für das lange Ausbleiben des Entwurfs.

Das so schon bei den Arbeitern vorhandene tiefe Mißtrauen gegen das Reichsarbeitsministerium und seine Schlichter hat sich durch die Aktienvermerke des Unternehmensyndikus bedeutend vergrößert. Trotz der abschwächenden Erklärung geht den Arbeitern ein Licht auf, warum gerade dieses Ministerium in sozialpolitischer Beziehung dauernd zugunsten der Unternehmer verjagt hat.

Die deutsche Antwort.

Der deutsche Botschafter Schamer überreichte am Sonnabend im englischen Außenamt die deutsche Antwort auf die Einladung der Allierten zur Konferenz in London. Das deutsche Schriftstück wurde von Chamberlain, der zu diesem Zweck in London geblieben war, persönlich entgegengenommen.

Ueber den Inhalt der deutschen Antwort sind keinerlei offizielle Mitteilungen zu erlangen, doch wird in amtlichen Kreisen kein Geheimnis aus der Befriedigung darüber gemacht, daß an die Annahme der Einladung keinerlei Bedingungen geknüpft sind. Man ist auch über die weitere Entwicklung ausgeprochen optimistisch eingestellt.

Sedoch wird jede Gelegenheit benutzt, um die Unannehmlichkeit der deutschen Bedingungen für den Eintritt in den Bündenbund zu betonen und die Hoffnung auszusprechen, daß Deutschland in diesem Punkte sich doch

schließlich nachgiebig zeigen werde, da sonst alles scheitern könnte. Nach wird ausgesprochen, daß weder bei den Konferenzen noch im Lager der Regierungsopposition das geringste Verständnis oder gar irgendwelche Sympathie für die deutsche Auffassung vorhanden ist.

Zu gleicher Zeit wurde die deutsche Antwortnote in Paris und Brüssel überreicht.

Berliner Morgenblätter wollen wissen, daß die mündlichen Erläuterungen, die der deutsche Botschafter in London gegeben hat, geeignet sind, neue Schwierigkeiten und Verwicklungen hervorzurufen. Die deutsche Regierung soll nämlich ihren Unterhändlern Stresemann und Luther keinerlei Vollmachten geben, die Konferenz vielmehr nur als eine informatorische betrachten, der eine zweite folgen soll, mit der Aufgabe den Pakt zu unterzeichnen. Alle solche Meinungen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die deutsche Antwortnote wird am Dienstag im Wortlaut veröffentlicht und bis dahin wird auch Genaueres über die angeleglichen mündlichen Erläuterungen des deutschen Botschafters in London zu erfahren sein.

Es darf nie vergessen werden, daß sich die Deutschnationale Partei in außerordentlich schwieriger Lage befindet und eine Rückzugskanonade für sie nicht entbehrlich ist.

Die „Deutsche Zeitung“ brachte z. B. am Sonnabend in großer Aufmachung die Meldung, daß die deutsche Abordnung, die an der Schweizer Sicherheitspaktkonferenz teilnehmen soll, noch eine Ergänzung erfahre, in dem außer dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister noch der deutschnationale Innenminister Scheide und die deutschnationale Abgeordnete v. Lindener-Wildau und Leopold an der Reise teilnehmen werden.

Amlich wird bestritten, daß der Reichsinnenminister mit in die Schweiz fahren werde, und ebenso wird als falsch bezeichnet, daß die beiden deutschnationalen Abgeordneten zur deutschen Abordnung gehören. So viel aber scheint an der Behauptung wahr zu sein, daß die Deutschnationalen zwei offizielle Ueberwachungskommissare zur Ministerkonferenz entsenden, um die deutschnationale Parteileitung und Reichstagsfraktion auf dem laufenden zu halten.

Bezeichnend für die innere Verwirrenheit der Deutschnationalen ist die Tatsache, daß in Berlin die Ortsgruppe Prenzlauer Tor der Deutschnationalen Volkspartei in einer außerordentlich stark besuchten Generalversammlung mit allen gegen zwei Stimmen die Loslösung von der Deutschnationalen Volkspartei beschloß. Die Ortsgruppe führt von jetzt ab den Namen „Deutscher Bürgerverein am Prenzlauer Tor“. Den Mitgliedern wurde freigestellt, in welcher der nationalen Parteien sie sich politisch betätigen wollen. Die überwiegende Mehrheit erklärte, daß sie der Deutschnationalen Freiheitspartei ihre Stimme geben würde. In den Vorstandsämtern ist eine Veränderung nicht eingetreten.

Es ist Aufgabe der Regierung und aller Parteien, welche den Abschluß eines Sicherheitspaktes für richtig halten, darüber zu wachen, daß wegen des deutschnationalen Parteizwangs die Interessen Deutschlands nicht Schaden leiden.

Die deutsche Tapferkeit.

Aus London wird dem „Soz. Pressedienst“ geschrieben:

Die Art, wie die deutschen Behörden mit dem französischen Flieger Coiffé, der im Schwarzwald abstürzte, verfahren, hat hier in England den denkbar schärfsten Eindruck gemacht. Man ist allgemein der Meinung, daß man in Deutschland angesichts des Todes des einen der beiden Flieger und der Verletzung Coiffés selbst am besten eine heroische Geste gemacht hätte. Die Ueberführung in ein Gefängnis und die bevorstehende gerichtliche Behandlung des Falles wird allgemein als ein Mangel an Takt und Gefühl für sportliche „Fairness“ angesehen.

Man ist hier der Meinung, daß das Verhalten auf dem juristischen Standpunkt in diesem besonderen Falle ein psychologisch Fehler war und die Regierung Mittel und Wege hätte finden müssen, den Prozeß gegen einen ab-

gestürzten Flieger, dessen Pilot hierbei den Tod gefunden hat, zu vermeiden. So wenig unmittelbare außenpolitische Bedeutung dieser Angelegenheit auch zukommt, so sehr handelt es sich hier um eines jener Inponderabilien, die zusammengenommen mit ein Hauptgrund für die andauernde Unbeliebtheit des Deutschen und Deutschlands auch im angelsächsischen Ausland bilden.

Preussischer Landtag.

Der Landtag ging am Sonnabend im Rahmen der Beratung des Wohlfahrtsausbaus an die Besprechung des Wohnungs- und Siedlungswesens. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die vielumstrittene Frage der Hauszinssteuer.

Mehrer (Solingen, Soz.) skizzierte kurz und klar die Forderungen der Sozialdemokratie zur Wohnungsfrage. Er dankte dem Wohlfahrtsminister für die Ausarbeitung eines Städtebaugesetzentwurfes und forderte, daß dieser Entwurf so rasch als möglich dem Landtag vorgelegt wird. Vor dem Kriege stand die rein private Wohnungswirtschaft allen Verbesserungen des Wohnungswesens hemmend im Weg, und auch nach dem Kriege war nur schwer gegenüber dem bürgerlichen Uebergewicht in den Parlamenten des Reiches und der Länder eine wirklich

soziale Lösung der Wohnungsfrage

herbeizuführen. Das Privatkapital suchte mit allen Kräften den Wohnungsbau völlig in seine Hand zu bekommen, obwohl die Erfahrungen handgreiflich zeigten, daß ohne öffentliche Hilfe eine Bautätigkeit lange Zeit nicht möglich war und auch heute noch nicht möglich ist. Die Industrie hat im nennenswerten Maße nur in der Inflationszeit gebaut, um ihr Geld wertbeständig anzulegen; sie hat an diesen Bauten heute noch vielfach sehr schwer zu verdienen.

Die Einführung der Hauszinssteuer ist ein Kind des Finanzministers Luthers. Was wir an dieser Steuer vor allem ablehnen, das ist ihre teilweise Verwendung für allgemeine Finanzzwecke. Wertwürdig berührt uns das Entrüstungsgebet rechtsstehender Parteien gegenüber der Hauszinssteuer, die im Reichstag dem jetzigen Finanzausgleich zugestimmt haben, der ja den Ländern die unmögliche Art der Verwendung der Hauszinssteuer aufzwingt und damit Wohnungsbaulosen und Mierte in die Höhe treibt. Der preussische Staat kann nach den Berechnungen des Finanzministers auf 730 Millionen Mark Nettoeinnahme aus der Hauszinssteuer rechnen. Mit diesem Betrag könnte man Brennen aus dem größten Wohnungselend herausbringen, aber der Finanzgleich läßt das nicht zu.

So hemmt das Reich den sozialen und kulturellen Fortschritt. Die Hauszinssteuer wollen wir überhaupt befeitigt wissen; an ihre Stelle muß

eine Wohnungsbaubgabe

nach sozialen Gesichtspunkten treten. Der Wohlfahrtsminister kann sich für unsern Vorschlag nicht begeistern. Er war vor kurzem in Wien, das sozialistisch verwaltet wird. Dort hätte er sich leicht davon überzeugen können, daß unsere Vorschläge praktisch und durchführbar sind. Wir fordern vor allem auch die Befreiung des Privilegs der Landwirtschaft, die von der Hauszinssteuer befreit ist.

Das Aufkommen aus der Hauszinssteuer muß gerecht verteilt werden; vor allem sind die Notstandsgebiete im Westen und Osten zu berücksichtigen. Bei der Verwendung des Ausgleichsfonds kommen geradezu tolle Dinge vor. So erhielt z. B. die Landesbrandversicheranstalt aus dem Fonds einige Millionen aus Zwickendreit, 10 Millionen gingen für landwirtschaftliche Bauten an Landwirtschaftsministerium und schließlich — und das ist geradezu unerhört — wurden noch Millionen als *flaktische Arbeitsverderber* gegeben. Müssen jaatliche Gelder dazu verwendet werden, damit wohlhabende Leute sich z. B. an der Heerstraße in Berlin oder sonstwo Villen bauen? Die Grundzüge der Verwendung der Hauszinssteuer müssen gründlich revidiert werden und die Revidierung muß eine Garantie dafür schaffen, daß in erster Linie der Wohnungsbau

für die minderbemittelten Volksschichten

finanziert, und zwar so finanziert wird, daß diese Schichten in den Neubauten auch wohnen können. Die Zuschüsse, die jetzt die Bauhilfen der minderbemittelten Volksschichten zahlen müssen, sind viel zu hoch. Dazu kommt dann noch eine Miete, die das Einkommen der kleinen Leute weit übersteigt.

Was für den Staat gilt, gilt natürlich auch für die Gemeinden. Auch in ihnen fehlt es gerade bei der Wohnungsfrage noch sehr an gutem Willen und an der nötigen Zusammenarbeit.

Den Mieterchutz hat man in den letzten Jahren schon so stark abgebaut, daß bald nicht mehr viel von ihm übrig sein wird. Die Mieter, die am 7. Dezember der Lutherregierung in den Sattel halfen, machen jetzt ihre Erfahrungen; sie werden bei der nächsten Wahl ihre Rechnung präsentieren. Die Mietsätze reichen jetzt schon durchaus für eine ordentliche Bewirtschaftung der Häuser. Stellenweise werden beträchtliche Ueberziffern von den Hausbesitzern eingehemst.

Eine Volksmusikschule in Magdeburg.

In allen Teilen Deutschlands regt sich der Wunsch, der Kunst gegenüber nicht mehr allein die passive Rolle des Zuhörenden zu spielen, sondern selbst mitzumachen und teilzuhaben an dem Geschehen der Kunst. Allenthalben haben sich Gruppen und Kreise gebildet, die in erster Linie ihren Weg in die Kunst suchen. Es genügt diesen Kreisen nicht mehr, einfach ein Instrument zu erlernen, um sie und da mal anzuhören zu können oder mit mehr oder weniger Virtuosität zu spielen; nein, die Kunst ist ihnen ein Lebensbedürfnis geworden, das nach weiterer Betätigung und immer größerer Vertiefung verlangt, und zwar nicht in eigenwilliger Einsamkeit, sondern in Gemeinschaft von Menschen gleichen Willens.

Die Magdeburger Volksmusikschule, befreit durch gemeinsame Arbeit an den Kulturwerten unserer Nation die Liebe des Volkes, die „guten Willen“ sind, zu einem Ganzen zusammenzuführen, steht es als ihre Aufgabe an, diesen Menschenkreisen Gelegenheit zu geben, ihre musikalische Arbeit auf breiterem Wege fortzuführen. Es hat sich daher entschlossen, anzugehen durch Prof. Fritz Jöns eine „Volksmusikschule für Jugend und Volk“, eine Volksmusikschule zu gründen.

Die Aufgabe dieser Volksmusikschule soll es sein, lebendige Musikpflege in das Volk zu tragen. Sie soll jedem helfen, der in irgendeiner Weise mit der Kunst die großen Gesetze kennen lernen will, auch denen sich musikalischen Gesetzen entziehen. Alle die will sie von sich haben, die wissen sind, in gemeinsamer Arbeit mit gleichgesinnten Menschen der Kunst zu dienen.

Wichtigste Aufgabe der Volksmusikschule ist es, die Kunst in der Volksmusikschule heranzuführen: Chorgruppen, Orchester und Kammermusik in den verschiedensten Besetzungen. In dieser Hinsicht sind die Volksmusikschulen in der Lage, neben diesen beiden praktischen Fächern besteht das Unterrichten. Der Unterricht wird erteilt als Chorleiter und als Instrumentalunterricht. Die Chorleiter vermittelt das Vom-Hör-Singen, Fundierung und die Grundlagen der Musiktheorie. Immer wieder wird das Augenmerk auf die Kunst selbst gerichtet sein; unter Leitung der Chorleiter wird die Kunst selbst gelehrt sein; unter Leitung der Chorleiter wird die Kunst selbst gelehrt sein; unter Leitung der Chorleiter wird die Kunst selbst gelehrt sein.

Ständen, die keine Kunst bergen. Technik ist Selbstzweck, ohne geistige Mitarbeit ist jedes Ueberflüssige. Der Schüler soll sich unter Anleitung des Lehrers seine technischen Uebungen, die er zur Bewältigung eines Kunststückes braucht, selbst improbiert. Geistige Selbständigkeit soll erlangen werden und nicht geistloses Herunterkopieren, zu denen die vielen „Schulen“ und Stützen verleiten.

Die Musikschule will gemeinschaftlich Werte unserer Meister erschaffen. Seien es Chor- oder Orchesterwerke, in kleiner oder größerer Besetzung, stets soll der Sänger oder Spieler immer wieder das Leben seiner Stimme und ihr Verhältnis zum ganzen Werke spüren. Nicht als toter Teil eines Mechanismus soll er sich fühlen, sondern als stets verantwortlicher Ringelhalter. Von jeder Art langweiliger Einübung wendet sich die Volksmusikschule ab. Es werden keine Werke „eingespielt“, um sie auszuführen, sondern die Arbeit gilt dem Werk, auf das seine Schönheit sich den Menschen erschließen und etwas von seinem Geist auf sie kommen. Das, was die Sänger und Spieler beglückt und erheitert, was sie sich erarbeiten haben, werden sie dann gern ihren Freunden vorbringen, damit diese etwas von dem spüren, was großer ist als alles Menschenwerk, das Etwas ewigkeit, das in jedem wahren Kunstwerk liegt.

Das Unterrichten soll die Menschen zum tiefem und selbständigen Erfassen geistiger Werte erziehen. In Hand von Meisterwerken soll verjüngt werden, eine Einführung in die Stilgeschichte zu geben, d. h. die Kunst soll nicht mehr als ein zufälliges Geschehen erfaßt werden, sondern als ein organisch aus einer jeweiligen Kultur hervorgegangen, als eine der vielen Ausprägungen einer Weltanschauung.

Von der Auffassung ausgehend, daß jede Musikerschulung auf dem Gesang aufzubauen werden muß, in Chorwerke und Chorleitung für jeden Teilnehmer der Volksmusikschule verpflichtend. Das gleiche gilt für das Musiktheater, da hier die Grundlagen einer geliebten Musikpflege und eines tiefen Verständnisses gelegt werden.

Wäre die Magdeburger Volksmusikschule, die ja nicht die einzige in Deutschland ist, ihr hohes Ziel erreichen, einem Musikleben den Boden zu bereiten, das wieder Fügung mit der Seele des Volkes hat.

Opernhaus in Nordhausen wurde die „Mitteldeutsche Bühne“ (früher Eisenbergische Landesbühne) als

Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Goslar gegründet. Beteiligt sind als Gesellschafter eine Reihe von Städten und Theatergemeinden des Reiches und Südhargen sowie der Bühnenvolksbund e. V. Das Unternehmen, das außerdem einen Staatszuschuß erhält, stellt die Fortführung der „Eisenbergischen Landesbühne“ dar. Für die technisch-künstlerische Leitung wurde Direktor Rudolf Hartig, Goslar, bestellt. Es scheint sich dabei um ein Konkurrenzunternehmen des „Mitteldeutschen Landes-theaters“ der Volksbühne zu handeln.

Der Mazurka-Oberst ist von dem Wiesbadener Musikdirektor Heinrich Spangenberg und dem kürzlich verstorbenen Schriftsteller Wilhelm Jakob nach Lorzingen Oper „Casanova“ musikalisch und textlich neu eingerichtet worden und gelangte im Wiesbadener Staatstheater zur Aufführung. — Die Berliner Städtische Oper, die mit den „Meisterfingern“ eingeweiht worden ist, brachte als erste Neuheit eine komische Oper: „Die heilige Ente“ von Hans Gál.

Das deutsch-französische Theaterbündnis. Im Hotel „Russischer Hof“ in Berlin hat sich dieser Tage eine Gesellschaft von Theaterkennern vereinigt, um den französischen Schauspieler Firmin Gémier, der zur Besprechung über ein deutsch-französisches Austausch-Gastspiel nach Berlin gekommen war, zu begrüßen. Es nahmen an dem Mittagsmahl teil der Präsident der Bühnengemeinschaft, der Direktor des Bühnensprengels Arthur Wolff, die beiden Intendanten des Staatstheaters Gémier und von Schilling, ferner Mitglieder des Verwaltungsrates der Volksbühne und Vertreter des Kultusministeriums. Die Zusammenkunft trug einen rein vertraulichen Charakter. Man plant, daß deutsche Schauspieler nach Paris gehen, um dort Vorstellungen zu veranstalten, und daß französische Bühnenspieler nach Berlin kommen, um hier ein modernes und klassisches Repertoire zu zeigen. Firmin Gémier, der heute das zweite Staatstheater, das Theater Odeon, leitet, ist für diese Idee begeistert. Der französische Theatermann meint, daß seine Landsleute durch das ungeduldig und freudig darauf warten, auch die Theaterkunst des deutschen Volkes kennenzulernen. Aus dieser geistigen Kenntnis erhofft sich Firmin Gémier auch eine Annäherung über die weitgehenden und ebenso ernsten Dinge der Wirtschaft und Politik. Er selbst sei als erster Theatermann nach Deutschland gekommen, um dieser Sache zu dienen. Donnerstagabend hat Firmin Gémier im vertraulichen Kreise auch mit Gémier Hauptmann gesprochen.

Eine neue Bedrohung der Mieter ist durch die Neuordnung der Räumungsfrage, die jetzt schon bei zwei Monaten Rückstand erfolgen kann, eingetreten. Tausende von Räumungsurteilen liegen bereits in Berlin vor, und jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß unter den säumigen Zahlern doch recht viele Leute sind, die einfach nicht zahlen können. Bis zum 1. April sollen nun 100 Prozent Miete erreicht sein. (Zurück rechts: Höchste Zeit!) So, dann sorgen Sie aber bitte auch für höhere Löhne! Wir haben sonst oft die erschreckende Initiative des Ministers bewundert, möge er sich auch in dieser Frage mit dem ganzen Schwergewicht seiner Persönlichkeit einsetzen. (Weiterleit.) Goffentlich gelingt es uns, endlich einmal auch in der Wohnungsfrage den Weg ins Freie zu bahnen, damit endlich für die Volksmassen ein gesundes Heim geschaffen wird. (Beifall.)

Die neue (dt.-natl.) nimmt einseitig für die Hauseigenen in der Partei. Diese seien heute vollkommen entachtet und nur noch Eigentümer dem Namen nach. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, die Beseitigung der Wohnungs- und Mieteneinigungsämter müßten so bald wie möglich erfolgen. Der Wohnungsbau sei wieder dem privaten Baumeister und dem privaten Kapital zu übertragen, die diese viel billiger bauten als Staat und Gemeinde. (Weiterleit links.)

Grundmann (Rp.) wendet gegen die Streife der Bauarbeiter und verlangt längere Arbeitszeit zur Verbilligung des Wohnungsbauens. Er gibt zu, daß in vielen Fällen die heutigen Mieten bereits zur Instandhaltung der Häuser genügen.

Meincke (Dem.) erklärt sich mit der Sonderberatung der Wohnungsfrage in einem Wohnungsschutz einverstanden und fordert Reformierung der Hauszinssteuer. Gegenüber Meyer erklärt er, daß seine Fraktion die einseitige Bevorzugung der Bauvereinigungen ablehne.

Wohlfahrtsminister Girtler beantwortet zunächst die Frage nach der Verwendung der aus öffentlichen Mitteln für Zwecke der Neubauarbeiten aufgebrauchten Gelder. Die Gesamtsumme der Hauszinssteuer für ganz Preußen, die bisher zu Zwecken des Neubaus von Wohnungen bereitgestellt ist, beläuft sich auf 270 Millionen, davon machen die staatlichen Anteile 60 Millionen, die Anteile der Gemeinden 210 Millionen aus. Die Grundstücke für die Verwendung sind nach § 11 der Steuerordnung vom Wohlfahrtsminister und Finanzminister gemeinsam aufgestellt. Die Verwendung der Wohnungsbauanteile im einzelnen ist den Gemeinden und den Gemeindeverbänden überlassen. Als Hypothekengelder kommen lediglich diese in Betracht. Ihnen liegt die Entscheidung der Anträge und die Überwachung der Bauten ob. Nur wenn die Prüfung der Anträge nicht ausreichend gewesen ist, kann der Regierungsrat Einspruch erheben.

Der Regierungsrat ist nicht bekannt, daß zur Verfügung stehende Wohnungen nicht in Benutzung gekommen sind. Eine Verwendung zu anderen als Wohnungszwecken, etwa zu Geschäftszwecken usw., ist unzulässig. Wo dagegen verstoßen wird, wird die Hauszinssteuer bis 12 Prozent sofort zur Rückzahlung fällig. In Hand der von der „Baumwelt“ herausgegebenen Zahlen erklärt der Minister, daß eine nennenswerte Steigerung der gesamten Kosten, insbesondere der Baustoffpreise, seit dem Januar nicht eingetreten sei. Auch die

Erhöhung der Arbeiterlöhne sei nicht derart, daß eine Erhöhung der Hauszinssteuer-herabsetzung, wie sie von mancher Seite gefordert werde, beschaffen wäre. Das zur Verfügung stehende Geld müsse dazu verwendet werden, um möglichst viele Wohnungen zu bauen.

Bezüglich des Reichsgesetzes, wonach bis zum 1. April 1926 die volle Höhe der Friedensmiete erreicht werden müsse, berichtet der Minister: die Staatsregierung hat es für notwendig erachtet, bis auf weiteres von einer Erhöhung zurzeit abzusehen. Allgemein eine Erhöhung der Mieten für gewerbliche Räume vorzunehmen, würde mit einer Steigerung und nicht einer Senkung der Preise dienen. Ich bin bereit zu erwägen, ob in Einzelfällen Ausnahmen zugelassen werden können. Der Handelsminister sowie die Gewerbetreibenden sind gegen die Herausnahme gewerblicher Räume aus der Zwangswirtschaft. (Hört, hört!)

Im Januar werden wir eine klare Uebersicht über den tatsächlichen Bedarf an Wohnraum erhalten. Dann wird eine Vereinfachung der Wohnungsliste möglich sein. Dabei kann auch geprüft werden, inwieweit der Wohnungsluzus schuld an der Wohnungsnot ist. Die Erfahrungen mit dem System der Berechtigungscheine, das von den Gemeinden eingeführt ist, kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Um dem Uebelstand abzuwehren, daß der größte Zähler eine Wohnung bekommt, ist angeordnet worden, daß die Gemeinden, wenn sie ein Verfügungsrecht eingeräumt haben, verpflichtet sind, Wohnungen zu beschlagnehmen, sofern besondere Zuwendungen erfolgt sind. Es kann nicht dringender genug gefordert werden, daß das wohnungssuchende Publikum den Wohnungssuchenden Anzeige erstattet, wenn hohe Mietsummen gefordert werden. (Sehr richtig!) Der Minister gibt zum Schluß eine kurze Darstellung des Städtebaugesetzentwurfs. Der Referentenentwurf wurde im Sommer in den Spitzenverbänden besprochen. Sofort nach den gutachtlichen Äußerungen der Verbände geht die Vorlage an den Landtag.

Fortsetzung der Aussprache Montag 12 Uhr. —

Die Zigarette vor Gericht.

Im Prozeß gegen die Leiter der Preussischen Landespfandbriefanstalt und gegen das pommerische Adelskonsortium kam es am Freitag und Sonnabend zu verschiedenen schwerwiegenden Enthüllungen.

Zunächst wurde festgestellt, daß Direktor Lüders dem Staat einen Schaden von insgesamt 14 000 Mark zugefügt, daß er sich nicht nur einer Bilanzverschleierung, sondern auch einer Fälschung schuldig gemacht hat. In einem immer fragwürdigeren Licht erscheint auch Rittergutsbesitzer v. Zigaretz. Seit jetzt bereits, daß er unter der Vorpiegelung, vom Reichslandbund binnen 4 Wochen eine Hypothek von 2 Millionen zu bekommen, von der Landespfandbriefanstalt 600 000 Mark zu erlangen suchte. Dabei betreibt der Reichslandbund, mit Zigaretz irgend etwas zu tun gehabt zu haben. Aber weder Lüders noch Rehring verlangten von Zigaretz eine Unterlage.

Der Angeklagte von Eßdorf gab dann zur allgemeinen Uebersetzung zu, daß von den 30 000 Mark Spesen für die Londoner Reise der Direktor Fleißmann von der Kommerz- und Privatbank 15 000 Mark für sich persönlich erhalten habe. Eßdorf ist jetzt nach dieser Richtung mit der Sprache herausgerückt, da Fleißmann nicht mehr in Deutschland sich befindet, sondern nach England übergesiedelt ist.

Zu noch weit schwerwiegenderen Enthüllungen kam es am Sonnabend. Nach längerem Zögern erklärte von Eßdorf, er wolle die Gründe angeben, aus denen die Direktoren der Landespfandbriefanstalt dem Adelskonsortium ohne Unterlagen große Beträge, die weit über die geschätzlichen Bedürfnisse hinausgingen, bewilligt haben. Direktor Lüders habe mehrfach durchblicken lassen, daß er selbst an dem Geschäft verdienen wolle. Er sei nur ein armer Beamter, andre verdienen Millionen, er wolle auf seine alten Tage auch einmal ein kleines Gut besitzen.

Diese Tatsachen habe er, Eßdorf, auch dem Direktor Rehring mitgeteilt, ohne daß dieser daraufhin Schritte unternommen habe, so daß die obigen Herren den Eindruck bekommen hätten, daß die beiden Direktoren durch Betrug und Gewinnbeteiligung für weitere Kredite zu haben waren. Natürlich machten diese Ausleger Eßdorfs einen tiefen Eindruck. Er selbst brach nach diesem folgenschweren Geständnis in Tränen aus und erstift einen nervösen Zusammenbruch.

Direktor Rehring bestritt die Aussagen von Eßdorfs und auch Lüders, will sich nie in der angegebenen Weise geäußert oder Enthüllungen verlangt und bekommen haben.

Der Staatsanwalt sah sich jedoch veranlaßt, sofort die Verhaftung des Direktors Lüders wegen des Verdachts der passiven Beamtenbestechung zu beantragen, zumal nicht nur von Eßdorf seine Aussagen trotz aller Ablehnung der belasteten Direktoren aufrechterhielt, sondern auch der Angeklagte von Paris ließ sie bestätigen, indem auch er versicherte, Lüders habe fast bei jeder Zahlung gefragt: Was verdiene ich dabei?

Auch der Angeklagte von Carlowitz bekräftigte im allgemeinen die Aussagen der zwei andern Klagen. Sein Eindruck sei immer gewesen, daß die Direktion der Landespfandbriefanstalt persönlich verdienen wolle. Ueberdies erklärte Rechtsanwalt Doktor Lisberg, der Verteidiger von Eßdorfs, daß dieser ihm seinerzeit gestanden habe, daß die Direktion der Anstalt persönlich mitverdienen wolle und daß von den Direktoren Geld verlangt worden sei.

Trotz alledem wurde der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhaftung des Direktors Lüders abgelehnt. Es bestehe zwar der dringende Verdacht der Bestechung, aber es bestehe kein hinreichender Fluchtverdacht und auch keine Verdunklungsgefahr. —

Frankreich und Amerika.

Die Wendung, die die Schuldenverhandlungen in Washington genommen haben, hat erheblich dazu beigetragen, den Optimismus, der in Paris anfänglich der Eröffnung der Verhandlungen geäußert wurde, zu dämpfen. Die Mütter geben der Meinung Ausdruck, daß ein Scheitern der Verhandlungen durchaus möglich sei, da die amerikanischen Forderungen eine Höhe erreichten, die Frankreich in keinem Falle zugestehen in der Lage sei. Gleichzeitig legen die Mütter großen Wert darauf, daß in den zukünftigen Vertrag die Bestimmung aufgenommen werde, wonach die französischen Zeitungen an Amerika und England in keinem Falle höher sein dürften als die Einnahmen, die Frankreich aus dem Dawesplan beziehe. beziehe.

Nach den aus Washington vorliegenden Meldungen scheint Caillaux darauf verzichtet zu haben, diese Bestimmung in unvershüllter Form zu verlangen. Er scheint jedoch in der Weise dieser Forderung der öffentlichen Meinung Frankreich Rechnung getragen zu haben, als er darauf besteht, daß die Zahlungsfähigkeit Frankreichs berücksichtigt werde und in Zukunft, im Fall einer Veränderung dieser Zahlungsfähigkeit, die französischen Zahlungen suspendiert werden. Doch scheint auf amerikanischer Seite wenig Neigung vorhanden zu sein, in diesem Punkte Frankreich nachzugeben.

Die wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen der französischen und der amerikanischen Delegation scheint sich jedoch auf die Höhe der französischen Zahlungen zu beziehen. Während man französischerseits als normale Jahreszahlung 90 Millionen Dollar angeboten hat, scheinen die Amerikaner etwa das Doppelte davon zu fordern. Die Amerikaner haben infolgedessen die französischen Vorschläge als eine nicht geeignete Basis für die Verhandlungen bezeichnet und die französische Delegation aufgefordert, neue Vorschläge zu unterbreiten. —

Der Völkerbund.

Die Tagung der Völkerbundsversammlung wurde am Sonnabend zu Ende geführt.

In ihrer letzten Sitzung erledigte die Vollversammlung noch eine ganze Reihe von Kommissionsberichten. Bei der Abstimmung über die Höhe des Mitgliedsbeitrags erklärte der litauische Vertreter, daß er zum Zeichen des Protestes gegen den zu hoch angelegten Mitgliedsbeitrag für sein Land sich der Stimme enthalte. Der neue Verteilungsschlüssel, wie er von der Kommission für die Jahre 1926 bis 1928 vorgelegt ist, wurde einstimmig angenommen. Als fest eingestuftes Land hat demnach Großbritannien einen Jahresbeitrag von etwa 2 Millionen Goldfrank zu entrichten. Das Gesamtbudget des Völkerbundes erreicht für das Jahr 1926 die Höhe von 2 980 690 Goldfrank. Von dieser Summe werden auch die Verwaltungskosten des Internationalen Arbeitsamts und des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Haag bestritten.

Der Bericht der Kommission zur Bekämpfung des Opiumhandels wurde ebenfalls angenommen. Es wird sich eine Untersuchungskommission nach Persien als das bedeutendste Opiumproduzierende Land begeben. Ihre Aufgabe besteht in der Anstellung einer Untersuchung über den augenblicklichen Stand der Opiumkulturen und über die Möglichkeit, den Opiumbau durch einen andern Erwerbszweig zu ersetzen.

Ueber die Lage der russischen und armenischen Flüchtlinge erstattete Hansen den Bericht. In Griechenland befinden sich noch 15 000 Armenier, die in ihre Heimat zurückgeschickt werden müssen. 10 000 weitere Flüchtlinge befinden sich noch in andern Ländern. Die Versammlung beschloß die Entsendung einer Kommission zum Studium dieser Frage.

Aus einem Bericht über das Hilfswort an den russischen Flüchtlingen geht hervor, daß das Internationale Arbeitsamt innerhalb der letzten 7 Monate über 18 000 Flüchtlingen in 30 verschiedenen Ländern Arbeit verschafft hat.

In der Nachmittagsitzung erstattete Lord Robert Cecil einen Bericht über die Arbeiten des Ausschusses zur Bekämpfung der Sklaverei. Die Kommission hat den Entwurf zu einem Uebereinkommen eingebracht, wonach alle unterzeichnenden Staaten sich verpflichten, den Sklavenhandel in ihren Gebieten zu unterdrücken. Die Abschaffung der Sklaverei in ihren verschiedenen Formen, worunter auch Zwangsarbeit der Eingebornen zu verstehen ist, soll allmählich erfolgen.

Unter allgemeiner Spannung schritt man dann zur Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder für das Jahr 1926. Vor dem eigentlichen Wahlakt erinnerte der chinesische Delegationsführer die Versammlung nochmals an die von ihm vor 2 Tagen eingebrachte Resolution, die bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder die besonderen geographischen Verhältnisse berücksichtigen will. Wie zu erwarten war, wurden jedoch auch in diesem Jahre die bisherigen nichtständigen Mitglieder wiedergewählt. In der Abstimmung nahmen 49 Staaten teil. Ein abgegebener Stimmzettel war unbeschrieben. Es erschienen Belgien 32 Stimmen, Brasilien 43, Tschechoslowakei 35, Uruguay 40, Schweden 34, Spanien 35 Stimmen. Diese Staaten sind demnach für das Jahr 1926 wiedergewählt. China konnte 26 Stimmen für sich buchen. Seine Aussichten, im nächsten Jahre einen der nichtständigen Ratsitze zu erhalten, sind damit erheblich gestiegen. Kurz nach 5 Uhr konnte dann die diesjährige Tagung der Völkerbundsversammlung geschlossen werden. —

Notizen.

Sicherheitspakt im Auswärtigen Ausschuss. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags war am Sonnabend unter dem Vorsitz des Abgeordneten Herz (dt.-natl.) zur Entgegennahme eines Berichtes des Außenministers Dr. Stresemann über die bevorstehende Ministerkonferenz zum Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengetreten. Außer dem Reichskanzler und dem Außenminister waren die Reichsminister Brauns, Schiele und Neuhaus anwesend. Der Reichsaußenminister äußerte sich im Laufe der Aussprache auch über den Stand der Entwaffnung. In der Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Graf Westphal (dt.-natl.),

Müller (Franken, Soz.), Dr. Raas (Ztr.), Dauch (Dt. Vp.), Frau Gohle (Komm.), Dr. Wecht (Birich, Vgg.), Graf Bernstorff (Demokrat), Graf Rebenkoff (Völk.), Graf Leuchtenfeld (Völk.), Graf Wolff (Völk.), Dr. Rosenfeld (Komm.) und v. Vindeiner-Wildau (deutschnational). —

Auslandsgeißel in der deutschnationalen Presse. Die „Kreuzzeitung“ bestreitet eine Meldung des „Berliner Tageblattes“, nach der die Chefredaktion des deutschnationalen Blattes der Schwedische Club übernehmen soll. Wichtig sei lediglich, daß Herr Glund der „Kreuzzeitung“ A.-G. angehöre. Die „Kreuzzeitung“ könne hinzufügen, daß der schwedische Staatsangehörige Glund 1 Million Mark in das Unternehmen hineingesteckt hat und daß von diesem Gelde das Grundstück und die Druckerei des Stollberg-Verlages gekauft wurden. Was würde die „Kreuzzeitung“ sagen, wenn ein demokratisches oder sozialdemokratisches Blatt sich derart in die Abhängigkeit ausländischer Kapitals begeben würde?

Reichstag am 19. November. Der Vorkonferenzrat des Reichstags beschäftigte sich am Sonnabend unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Nieber mit dem Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, das Plenum des Reichstags in dieser Woche einzuberufen. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag mit der außenpolitischen Lage und mit der Preissteigerung der Reichsregierung. Alle andern Parteien konnten jedoch zurzeit noch keinen Anlaß zur sofortigen Einberufung des Reichstags sehen. Die Sozialdemokraten behielten sich vor, zur gegebenen Zeit einen Antrag auf frühere Einberufung des Reichstags zu stellen. Doch bleibt es einheimlich bei dem Beschluß des Reichstags selbst, etwa am 19. November wieder zusammenzutreten. —

Verkauf von Stinnes-Hotels aus Ausland. Nach einer Meldung aus Berlin bereitet sich ein Wechsel im Besitz der beiden großen Stinnes-Hotels vor. Eine Hotelgruppe, der die Carlton-Hotelgesellschaft in London und die Gebrüder Brenner in Baden-Baden angehören, steht in Verhandlungen wegen Uebernahme des Hotels Esplanade in Berlin und des Hotels Atlantik in Hamburg, die bisher beide dem Stinnes-Konglomerat gehörten. Als Kaufpreis werden 12 Millionen Mark genannt. Die Verhandlungen sollen unmittelbar vor dem Abschluß stehen, und die Uebernahme der Häuser ist für den 1. Dezember vorgesehen. Zu den Hotels des Stinnes-Konglomerats gehören außer den genannten auch das Carlton-Hotel in Frankfurt a. M., das Hotel Kaiserhof in Wiesbaden, das Wolf-Hotel, das Schloßhotel, das Hotel Thüringer Wald und das Kurhaus in Oberhof nebst einer Reihe von Nebengebäuden und Villen. —

Finanzskandal im Saargebiet. Ein umfangreicher Finanzskandal beschäftigt augenblicklich die saarländische Öffentlichkeit. Bei der Finanzabteilung der Regierungskommission des Saargebietes sind Steuerbeträge in Höhe von 600 000 Frank unter Verschluss worden. Vermittelt in die Affäre sind der Obersteuerrat Spurze sowie die Finanzbeamten Schmidt und Hoffeld und von privater Seite der Kaufmann Eduard Peije aus Saarbrücken. Eine Reihe von Verhaftungen sind bereits erfolgt, bei denen es sich zum Teil um Persönlichkeiten aus der Deutschnationalen Volkspartei des Saargebietes handelt. —

Der Dörschel Drus von den Druzen geräumt. Bei ihrem Marsch auf Sueda stellte eine französische Abteilung fest, daß sämtliche Dörfer des Dörschel Drus verlassen sind. Frauen und Kinder haben sich unter Mitnahme der Herden zurückgezogen. Die Druzen haben zudem sämtliche Wasserstellen zerstört, so daß vollständiger Mangel an Wasser herrscht. —

Die Druzen an den Völkerbund. Nach einer Meldung aus englischer Quelle sollen die Druzen an den Völkerbund einen Aufruf gerichtet haben. Die Druzen fordern den Völkerbund auf, eine neutrale Untersuchungskommission für den Dörschel Drus zu ernennen und die Beilegung der militärischen Streitigkeiten herbeizuführen. —

Griechenlands Schulden an England. Zwischen Großbritannien und Griechenland ist ein Abkommen über die Konsolidierung der Anleihen zustande gekommen, die Griechenland während des Krieges in England aufgenommen hat. Griechenland schuldet England insgesamt 21 Millionen Pfund Sterling. —

Depeschen.

Tödlicher Fallschirmabsturz.

Ab. Sagan, 28. September. Einen tragischen Abschluß fand der gestrige Saganer Flugtag. Der Fallschirmpilot Guart stürzte infolge Versagens des Fallschirms aus etwa 300 Meter Höhe ab und war sofort tot. Er hatte einen Genickbruch erlitten. Infolge des Unfalls wurden die weiteren Veranstaltungen abgebrochen. —

Winter im Schwarzwald.

Ab. Freiburg, 28. September. Nachdem in den letzten Tagen auf den Höhen des Schwarzwaldes wiederholt leichte Schneegeriesel niedergegangen war, hat gestern abend auf dem Feldberg bei unter den Gefrierpunkt sinkender Temperatur Schneefall eingesetzt. Heute morgen um 2 Uhr wurde auf dem Feldberg eine Schneedecke von 5 Zentimeter gemessen. Auch die andern Höhen des Schwarzwaldes tragen zum Teil eine Schneedecke. —

Unruhen in Veracruz.

Ab. Neuhoik, 28. September. Wie aus Veracruz gemeldet wird, haben bei den Gemeindevahlen ersthaste Unruhen stattgefunden. Ein Mann wurde erschossen, 14 verletzt. —

Der chinesische Spinnerarbeitersstreik beendet.

Ab. London, 28. September. Nach einer Timesmeldung aus Schanghai wurde zwischen den britischen Spinnerarbeitern und der chinesischen Gewerkschaft, die die Arbeiter vertrat, eine Vereinbarung unterzeichnet, in der der am 31. Mai begonnene Streik für beendet erklärt wird. —

Verhaftungen wegen Spionage.

Ab. Warschau, 28. September. Nach Mitternachtsmeldungen wurde in Bialystok eine große Spionageaffäre in Eisenbahntreibern zugunsten Litauens entdeckt. An der Spitze der Spionagebande stand ein Ingenieur Namens Kirilow. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. —

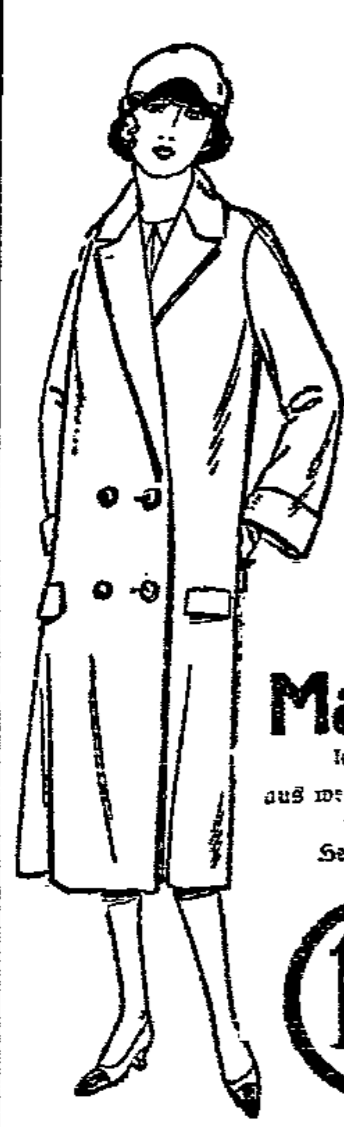
Weltrekord im Stabhochsprung.

Ab. Helsinki, 28. September. Bei den Sportwettkämpfen in Hjo stellte Charles Hoff mit einem Stabhochsprung von 4,25 Meter einen neuen Weltrekord auf. —

Lopro
Odol erfrischt,
konserviert
und reinigt
Mund und Zähne.

Extra-Angebot! Billige Mäntel!

Verkauf soweit Vorrat!



Mantel
laut Bild
aus weichen Flauch-
stoffen.
Serrenform.

11.00
DMT



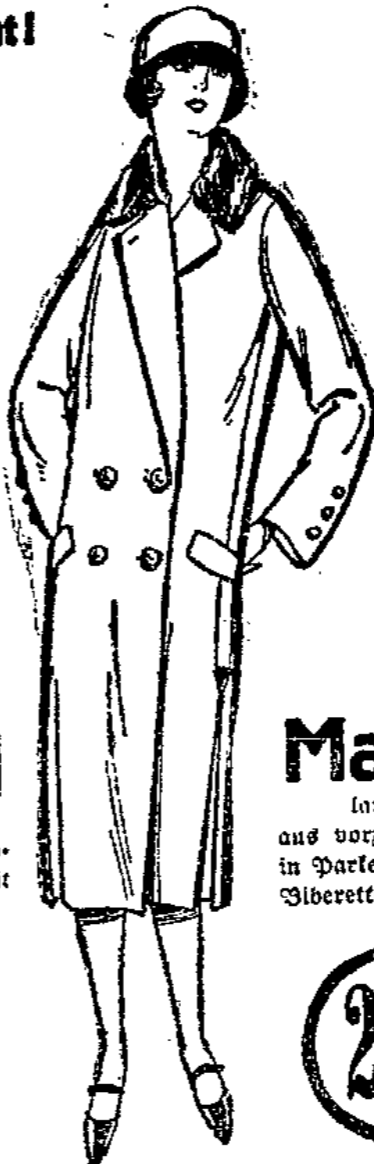
Mantel
laut Bild.
aus englich gewirkt
Stoffen.
Flotte Serrenform

13.50
DMT



Mantel
laut Bild
aus lauterem Flauch-
stoff, Serrenform mit
Samttragen

19.75
DMT



Mantel
laut Bild
aus vorzügl. Flauch
in Parlettmuster, mit
Überette-Pelztragen.

29.75
DMT



Mantel
laut Bild
aus gutem Velours de
lain, neue Form.
moderne Farben

36.00
DMT

Breiter Weg
51/52

LANGE & MÜNZER

Breiter Weg
51/52

Die Sternenträger

Lebenswanderung
einer
Jugend

Von E. A. Müller
mit Strichzeichnungen
von Gene Müller



(Bilderergänzung Seite 10)

Preis: Kartoniert 120 Seiten, etwa 30 Zeichnungen nur **RM. 1.00**

aus Presse-Artikeln:

Was über Gottfried und die Jugend gesagt wird, gehört zum Leben, was wir je erleben haben, je gewöhnlich und ungewöhnlich haben wir es in launigen Bildern die letzte Lebenswanderung mit den Schicksalen aller gemeinsamen Regale geparkt. Das ist wohl der Schlüssel zum ganzen Buch.

(Zusätzliches Selbstbildnis)

Das Geschehen im Hölle'schen Raum, westwärts zum Buch ist, wie er alles, das Schicksal der beiden Wege-Geister Jungen, die Jahre in der 'Neuen Welt', das Geschehen ihrer Seele durch die beiden Mitten, ihre und der anderen Kinder, die Schicksale und ihren unerschütterlichen Glauben, der den Mitten, der zur Maschine gewordenen Welt, eine leise Hoffnung auf Sonne und Glück gibt, ja einen entscheidenden Segen bringt.

(Zusätzliches Selbstbildnis)

Das Geschehen im Hölle'schen Welt ist es notwendig, weil es bester Stellung bedeutet, aber auch ein in dessen Sinne materielles Buch zu werden, das in wesentlichen Hinsicht. Auch in dieser Zeitungs-Veröffentlichung, die die Phantasie anregen und dem Schicksal der beiden Wege-Geister, sowie die E. A. Müller's Welt, das Buch für die Zeitgenossen und -kinder.

(Zusätzliches Selbstbildnis)

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Große Münzstraße 3

Linoleum

Großverkauf der Fabriken
Delmenhorst
Germania
Adler

Reste weit unter Preis!

Hugo Nehab

Johannisbergstr. 2

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mitglied.
Todesfälle: 28. September: Kartha geb. Sängert, Ehefrau des Kaufmanns Eric Sängert, 60 J. Haus, 2. des Arbeiters Hermann Brandt, 1. Kaufmann Kay Jäger, 55 J. Juchow, 2. des Eisenbahnarbeiters Will. Köhne, 1. R. Oberster-Straße 114. a. D. Carl Schmitz, 58 J.

Rückruf.

Am Freitag, verschied unser lieber Sportbruder

Robert Thielecke

Seine Verdienste um unsere Verein werden uns allen unvergessen sein und ihm für immer ein gutes Gedächtnis sein. Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, um 10 Uhr auf dem Friedhof am Hauptbahnhof statt. Die Beerdigung beginnt um 10 Uhr. Die Beerdigung beginnt um 10 Uhr.

Sparverein Glückauf Buchen.

Der Vorstand.

Rückenzettel

für die Woche vom 22. September bis 4. Oktober.
Montag: Feststube.
Dienstag: Herzlieb mit Sammelheft.
Mittwoch: Gruppenarbeit.
Donnerstag: Geb. Gertrude.
Freitag: Geb. Gertrude mit Sammelheft.
Sonntag: Geb. Gertrude mit Sammelheft.
Burg, den 23. September 1925.
Vereinsgemeinschaft Burg.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Begräbnis meiner lieben Frau auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Ehefrau werden wir auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. September, um 10 Uhr auf dem Friedhof am Hauptbahnhof statt. Die Beerdigung beginnt um 10 Uhr.

Monatsbinden Monatsgürtel

Damen-Verdichtung
Drogerie Dobaldt
am Saffelbachtal

ist keine
Dankgütige Ware.



Kukiroi-Einlegesohle.

ein lästiges Uebel! Kopfschmerzen, ununterbrochener Niesreiz, rote Nase, nasch Taschentücher, 14 Tage lang ein halbes Mensch! Binnen einer Stunde können Sie ihn haben. Sie brauchen sich nur die Fuß-herbstwetter ist das schnell geschickte Tragen Sie deshalb stets

die Wärme erzeugende Kukiroi-Einlegesohle.

Mit den in Hunderten von Mustern angebotenen alten Einlegesohlen hat es nichts zu tun. Die Kukiroi-Einlegesohle ist eine Sache für sich, und zwar eine sehr gute. Fast jede Kukiroi-Verkaufsstelle hat sie schon.

Näh- und Zuschneidenunterricht

Dr. Hansmann und Tochter erteilt nachmittag und abends

Fran Eichel, Otto-von-Siercke-Straße 45.

Gelegenheitsarbeit

Wir suchen Arbeiterinnen für die Herstellung von...

Verloren

ein braunes Lederportemonnaie mit...

1 Handkoffer

schwarz, Leder, mit...

Kammern

in der...

Muss es sein?



Bild der Katastrophe im polnischen Korridor.

Hundert Jahre Eisenbahnunfall

Am 27. September feierte die Eisenbahn ihr 100jähriges Jubiläum. Ohne Prophetengabe kann man sagen, daß ihr kaum ein zweites Jahrhundert-Jubiläum beschieden sein dürfte. Das Morgenrot einer Zeit, die den reisenden Menschen vom Schienengeleise in die Lüfte erhebt, steht am Himmel. Aber noch auf Jahrzehnte hinaus wird trotz alledem das eiserne Rad auf eisernen Schienen das Verkehrsmittel der erwerbstätigen, der beruf- wie erholungsuchenden Menschen bleiben. Wir würden uns leichter mit dieser Tatsache abfinden, wenn es der Eisenbahn gelungen wäre, in ihren ersten 100 Jahren die Sicherheit in gleichem Maße auszubauen wie ihr Tempo und ihr Gleisnetz.

Wirtschaftlichkeit und Menschenleben.

Gerade die schweren Unfälle der letzten Jahre haben die Öffentlichkeit mit Eindringlichkeit auf dieses Mißverhältnis hingewiesen. Keine beruhigenden Presseerklärungen und Denkschriften der Reichsbahngesellschaft, keine geschickt aufgemachten Statistiken täuschen darüber hinweg, daß hier Verhältnisse vorliegen, die einer rein kapitalistischen Auffassung des Begriffs der Wirtschaftlichkeit entspringen, einer Rentabilitätsrechnung, die auch das Menschenleben nur als einen Zahlenwert einrechnet.

Wer diesen Begriff der Wirtschaftlichkeit als unmoralisch ablehnt, der muß verlangen, daß alle Möglichkeiten zum Schutze des Menschenlebens, die zurzeit durch den Stand der Technik gegeben sind, restlos ausgeschöpft werden — unabhängig von der rech-

nerischen Rentabilität des Betriebes. Der Druck der öffentlichen Meinung in dieser Richtung würde noch viel stärker sein, wenn man in den breitesten Kreisen über die tatsächlichen Unfallzahlen und über die Geschichte des Eisenbahnunfalls auch nur einigermaßen orientiert wäre. Diesen Zweck erfüllt ein soeben im Dieck-Verlage erschienenen Büchlein (Ernst Krafft: 100 Jahre Eisenbahnunfall, Preis 1.— Mtl.), das mit reichem statistischen Material und mit einer Fülle charakteristischer Bilder den tatsächlichen Umfang der Eisenbahnunfälle, ihre Gründe und die Mittel zu ihrer Behebung erörtert.

Ein paar Zahlen.

Ist es bekannt, daß z. B. im Jahre 1924 auf 150 000 Kilometer in Deutschland ein Betriebsunfall und ein Verwundeter kam? Das heißt: Im Bereich der deutschen Eisenbahn gab es täglich 8 Unfälle, verunglückten täglich fast 8 Menschen bei diesen Unfällen. Im Jahre 1890 betrug die Zahl der Schienenbrüche nicht weniger als 10 685, d. h. auf noch nicht 7 Kilometer Schienenlänge kam eine Bruchstelle. Bis zum Jahre 1922 war diese Zahl erst auf etwas unter die Hälfte gesunken, d. h. es waren immerhin noch nahezu 5000 Schienenbrüche im Jahr, auf je 11 Kilometer Gleis entfiel ein Bruch. Im gleichen Jahre kamen 59 Radbrüche und 34 Achsenbrüche vor, also jeden 4. Tag ein Bruch. Von all diesen den Betrieb aufs äußerste gefährdenden Unfällen erfährt die breite Öffentlichkeit nur, wenn einmal eine größere Katastrophe dadurch hervorgerufen ist. Wer weiß davon, daß wir im Vorjahre in Deutschland 361 Entgleisungen und 191 Zugzusammenstöße hatten? Wer hat etwas

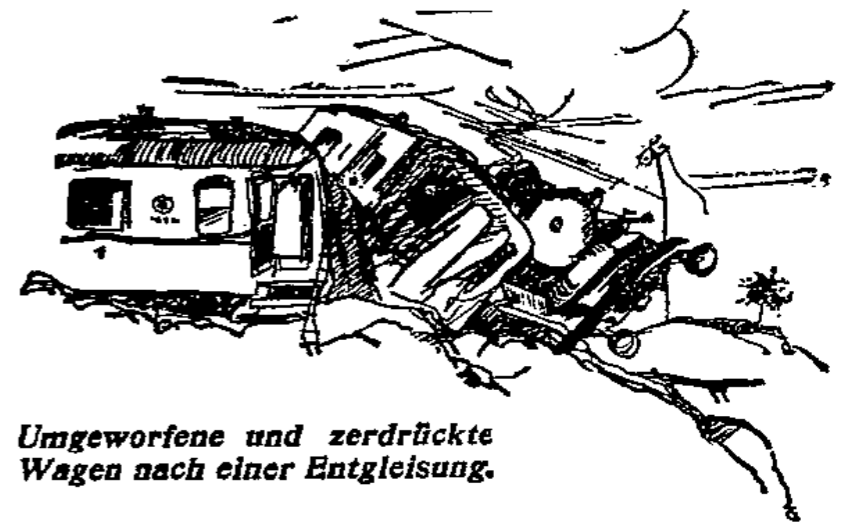
davon geahnt, daß im vorletzten Kriegsjahre diese Zahlen bis auf 562 und 757 hinaufgeschneit waren, daß sie noch im Jahre 1922 523 und 440 betrugten? Kein Tag ohne Entgleisung auch heute noch. Fast kein Tag ohne Zugzusammenstoß.

Die Ursachen.

Muß das sein? Jeder technische Fortschritt birgt Gefahren in sich. Aber die Geschichte der Eisenbahn beweist, daß diese Gefahren mit den Mitteln des technischen Fortschritts auch gebannt werden können. Mangelhaftes Material, mangelhafter Unterbau, mangelhafte Signalisierung sind an den heutigen Eisenbahnunfällen beteiligt. Aber nicht gleichmäßig. 78 Prozent aller Todesopfer bei der Eisenbahn sind auf das Versagen von Signalen oder auf das Ueberfahren von Signalen zurückzuführen. (1923: 74 Tote, 376 Verletzte; 1924: 25 Tote, 222 Verletzte.) Ein Beweis dafür, daß die zurzeit vorhandenen Sicherungen nicht genügend und daß der Mensch auf der Maschine bei seiner nervenzermürenden Tätigkeit diesem Sicherungswesen gegenüber bisweilen verlagert.

Die Abhilfe.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft experimentiert augenblicklich. Aber angesichts des Juges der Toten, der den Weg der Schienen in den letzten Jahren begleitet, läßt sie sich zu diesen Experimenten reichlich viel Zeit. Das Signalzeichen, an dem Leben und Gesundheit Tausender von Reisenden hängen, der Klapparm am Mast, blüht auf das ehrwürdige Alter von 83 Jahren zurück! Inzwischen hat die Elektrizität ihren Siegeszug angetreten, der die Dampfmaschine allmählich verdrängt. Inzwischen ist die drahtlose Telegraphie erfunden worden und das Fernhören, wodurch die unmittelbare Uebertragung von Mittelungen und Signalen auf den fahrenden Zug ermöglicht wird. Die Eisenbahn hat in Deutschland die dadurch gegebenen Möglichkeiten in keinerlei befriedigender Weise in Angriff genommen. Aufgabe der öffentlichen Meinung ist es, darauf zu drücken, daß das Tempo der Versuche mit drahtloser Zugführung erheblich beschleunigt wird. Daß



Umgeworfene und zerdrückte Wagen nach einer Entgleisung.

vor allem die Frage der bedeutenden Kosten eines völlig neuen Systems nicht den Ausschlag gibt. In Amerika ist bereits mit bestem Erfolg die Signalanlage im Strandraum des Führers sowie die automatische Bremsung bei Gefahren durchgeführt worden. Die Einrichtung hier im einzelnen zu schildern, verbietet der Raum. Wir verweisen da auf das oben erwähnte Büchlein von Ernst Krafft, das aufs beste orientiert.

Es gilt, der Öffentlichkeit einzuhämmern, daß höher als alle Wirtschaftlichkeit der Schutz des Menschenlebens stehen muß. Wenn heute ein Mensch sein Leben auf der Eisenbahn verbringt, wenn er täglich 500 Kilometer auf Schienen und Radern zurücklegt, so erlebt er immerhin alle 16 Jahre einen Eisenbahnunfall, bei dem er verunglückt wird. Das ist eine Zahl, die denker gibt und die dazu auffordert, alles daran zu setzen, um die Sicherheit auf der Eisenbahn zu erhöhen, dafür zu sorgen, daß der Eisenbahnunfall durch menschliche Schuld oder Verfall des Menschenlebens angehört als die Eisenbahn.

Dieses Buch ist in der Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3, zu haben. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. September 1925.

Kulturkämpfer im Stadtparlament.

Bildung und Kultur, alle höheren und geistigen Güter der Stadt und des Volkes sollten im Stadtparlament eine Stütze finden in einer starken, beherrschenden Bürgerfraktion. So etwa wurde geredet und geschrieben vor der Gemeindevahl, angeblich für dieses stolze Ziel wurden von Industriellen, Großkaufleuten und andern Kreisen des honesten Bürgertums bedeutende materielle Opfer gebracht. Mit ungeheurer Mühe wurde eine Kandidatenliste zusammengedrückt, die aus lauter „Köpfen“ bestand. Das wurde stolz verkündet. Die breite Öffentlichkeit wollte nicht daran glauben, an diese „Köpfe“, trotzdem sie sich äußerlich gebildet und gelahrt gaben, und lachte, als diese Kandidatenliste des besitzenden und gebildeten Bürgertums unter dem Zeichen des Pinselfels in den Kampf zog.

Mit dieser Pinselfraktion hat Magdeburg schon allerlei erlebt. Ihr erster und heiligster Grundsatz war offenbar von Anfang an, dem komischen Namen, den sie nun einmal bekommen hatte, Ehre zu machen und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Pinselfraktionen aufzuführen. Wie es scheint, hat aber einer aus dieser glorreichen Fraktion eingesehen, daß man auch in Magdeburg nicht übertreiben darf, das war der Rechtsanwalt und gegenwärtige Fraktionsvorsitzende Zehle. Es muß anerkannt werden, daß er die Pinselfraktion sehr häufig aus brenzligen Situationen rettete.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung aber war Zehle nicht erschienen, die bürgerlichen Intelligenzen — studierte Herren, wie zum Beispiel Zsmer und Wendel — waren auf sich allein angewiesen. Und nun waren sie ganz des Weibels. Sie suchten alles zu übertreffen, was jemals an Dummdheiten und stumpfsinniger Rückwärtserei von ihrer Fraktion seit etwa 1 1/2 Jahren geleistet wurde. Das will viel sagen.

Bei der Beratung über eine Zuwendung an die Volkshochschule ging es schon erbaulich los. Die Pinselfraktion schickte angerechnet zwei Lehrer vor, die gegen die Volkshochschule ankämpfen sollten. Wie sie es machten, das war bezeichnend für die würdigen Kulturkämpfer. Der Stadtverordnete Ruffertmann, ein Mittelschullehrer, hält die Volkshochschule für überflüssig, weil wir bereits Handelschulen und Lehranstalten für technische und allgemeine Bildung hätten. Der Mann weiß also viel von Magdeburg, ihm ist sogar bekannt, daß wir Schulen haben. Das wissen übrigens andre Magdeburger auch. Die haben zumeist auch eine Ahnung, wozu diese besonderen Zwecke

die Volkshochschule dienen soll, welche Bedeutung sie im geistigen Leben weiter Volksschichten hat. Das braucht ein Lehrer und die gesamte Fraktion bürgerlicher Intelligenz nicht zu wissen.

Die Volkshochschule sollte die Bevölkerungsschichten, die wirkliche Bildungsstätten nicht besuchen konnten und in regelrechte Schulen nicht mehr gehen können, mit dem Geistesleben des Volkes in Berührung bringen, sollte andern auch in der beruflichen Fortbildung behilflich sein. Die neuen Abteilungen — Volksmittelschule, Jugendvolkshochschule, Volkshochschule für Leibesübungen — sollen eingerichtet werden, um die Volkshochschule in unmittelbare Verbindung zu bringen mit großen Kulturströmungen unserer Zeit. Aber was wissen am Ende die intelligenten und gebildeten Leute von der Pinselfraktion von geistigen Bestrebungen, die im Volke entstanden sind und im Volke ihren Nährboden haben. Der Stadtd. Zsmer, Studienrat und hervorragendes Mitglied der Pinselfraktion, ist auch gegen die Volkshochschule, trotzdem gerade ihn liebe Erinnerungen mit der Volkshochschule verbinden mußten, hat er doch früher, als die Dinge noch eintigermaßen anders lagen, in der Volkshochschule über die Weimarer Verfassung (!) Vorlesungen gehalten.

Die zweite Blamage, vollendet und größer — holten sich die Kulturkämpfer bei einer Vorlage, die eine Zentralisation der städtischen ärztlichen Fürsorge in Vorschlag brachte. Professor Dr. Wendel, Arzt am Eubenburger Krankenhaus, will den Fürsorgearzt mit dem Wirkungsgebiet, wie es hier vorgezeichnet wurde, nicht. Er hielt schon als Berichterstatter eine lange Rede dagegen; danach kam ein kuriose Kampf seiner Fraktion gegen die Vorlage. Mit Ausdauer und Leidenschaft sollte eine Beschlußfassung verhindert werden. Ein Geschäftsordnungsantrag der Pinselfraktion entsprach in der Form nicht den Bestimmungen der Geschäftsordnung. Dann bot eine Zeitlang die ganze Stadtverordneten-Sitzung folgendes erbauliches Bild: Die Verhandlungen flochten, das Präsidium saß still und wartete geduldig, bis die Pinselfraktion „ins Bild“ gekommen war. Die Mitglieder dieser Fraktion aber standen beieinander, studierten die Geschäftsordnung, stilisierten einen Antrag und zeigten etwa die parlamentarische Gewandtheit einer Behringgruppe. Als danach die parlamentarische Fahrt weitergehen konnte und endlich auch die Abstimmung über die Einrichtung der ärztlichen Fürsorgestelle kam, stellte der Vorsitzende die einstimmige Annahme fest. Die Pinselfraktion hatte nicht mitgestimmt, hatte sich auch nicht dagegen erklärt. Nach ihrem heißen Nebekampf gegen die Einrichtung! Schallendes Gelächter auf allen übrigen Plätzen und den Tribünen. Die Kulturkämpfer saßen mit gewohnten geistreichen Gesichtern. Das ist sicher die rechte Art, mit den Kultur-Pinselfrauenten zu diskutieren: auslachen! —

Die Bedeutung der kommenden Theater-Ausstellung 1926.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, auf deren Tagesordnung u. a. die Beteiligung der Stadt Magdeburg am Garantiefonds der „Deutschen Theater-Ausstellung 1926“ stand, wurde die Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß beschlossen. Die endgültige Bewilligung der in Aussicht genommenen Summe bleibt einer späteren Sitzung der Stadtverordneten vorbehalten. Aus dem Verlauf dieser Dinge könnte die Allgemeinheit vielleicht folgern, daß die Bewilligung eines Garantiefonds mit nicht unwesentlichen Bedenken verknüpft ist. Es dürfte daher im Zusammenhang damit angebracht sein, im folgenden sowohl noch etwas für die Bedeutung der Deutschen Theater-Ausstellung 1926 im allgemeinen und für die Stadt Magdeburg im besondern, als auch über die Finanzierung der bisherigen Ausstellungen zu sagen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß niemand in der Lage ist, im voraus den finanziellen Erfolg einer Ausstellung zu bestimmen. Auch die bisherigen Magdeburger Ausstellungen waren, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, stets ein Wagnis, aber keine der bisherigen Ausstellungen wurde zu einem finanziellen Fehlschlag. Im Gegenteil — eine jede von ihnen konnte als Erfolg für Magdeburg neben der Festigung des Rufes als Ausstellungsorte stadt auch einen zahlenmäßigen Ueberschuß buchen, doch gewiß kein Reiden, an eine neue Ausstellung jaghaft, zögernd und voller Bedenken heranzugehen. Das um so weniger, als Magdeburg mit dem Plan der großen „Deutschen Theater-Ausstellung“ in allen beteiligten Kreisen Deutschland ein so unermutet freudiges Echo gefunden hat, das zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Man darf wohl sagen, daß das, was die Zukerausstellung in ihrem Verlauf erst geworden — nämlich aus einer Ausstellung von nationaler Bedeutung zu einer von internationalem Interesse — für die „Deutsche Theater-Ausstellung“ von Anfang an als gegeben anzusehen ist.

Kunst und Wissenschaft sind ja von jeher niemals an die Grenzen eines Landes gebunden gewesen, und wenn auch der Weltkrieg es vermocht hätte, alle geistigen Bande der Kulturstaaten auf Jahre hinaus zu durchschneiden, — es zeigt sich jedoch erfreulicherweise, daß gerade die geistigen Beziehungen, die alle Kulturstaaten verbinden, am raschesten hier den Weg zueinander gefunden haben. Wir hören von Wagner Aufführungen im Ausland, von Gastspielen deutscher Künstler in England und Amerika, wir sehen auf deutschen Bühnen wieder einen Shaw, einen Pirandello, einen Molière, einen Gogol, vorüberziehen, wir erfreuen uns der Klänge südländischer Musik: Verdi, Mascagni, Leoncavallo, alles Tatsachen, die das beglückende Gefühl auslösen, das Kunst und Wissenschaft aller Kulturvölker so eng ineinander verflochten und miteinander verbunden sind, daß selbst der Weltkrieg es wohl vermocht hat, ihre Verbindungen wieder auseinander vorübergehend zu unterbinden, aber nicht für immer aufzuheben, zu zerstören. Eine deutsche Theaterausstellung wird auch im Ausland die Beachtung finden, die sie verdient und dementsprechend auf geistigem Gebiet in bestem Sinne international verbindend wirken.

Und nun zum Garantiefonds. Alle bisherigen Ausstellungen waren in mehr oder minder großem Ausmaß Fachausstellungen, die von wirtschaftlich interessierten Fach-

Aus den Gerichtssälen.

Amtsvergehen.

Der Kreisrichter Ernst L. hatte in Niederrubeland eine Stellung als Postauskäufer angenommen und war mit dem Briefbestelldienst betraut worden. Die Eigenschaften eines Landbriefträgers bringt es mit sich, daß er ab und zu auch Postanweisungen ausgeben muß. Die letztere Tätigkeit wuchs aber so an, daß mitunter 6000 bis 8000 Mark durch die Finger des Auskäufer gingen. Dabei will der Kreisrichter auf ihm unerklärliche Weise eines Tages ein Defizit von 100 Mark gehabt haben. Da er selbst nur einen Wochenlohn von 15 Mark (!) bezog, war es ihm schwer, diesen Verlust wieder zu decken. Anstatt nun dieses Verfehlen der Behörde zu melden, beging L. die Dummheit, durch Einbehaltung anderer Postanweisungen das Loch auszufüllen. Das setzte er fort, bis schließlich eines Tages die Geschichte herauskam. Wegen Amtsvergehens sah L. auf der Anklagebank des Schöffengerichts in Magdeburg. Er gestand seine Verfehlungen ein. Der entstandene Schaden ist der Post wieder in voller Höhe ersetzt worden. Nach diesen Angeklagten trifft ein harter Paragraph. Er ist strafrechtlich Beamter, da seine Amtstätigkeit keine mechanische ist. Der § 850 des Strafgesetzbuchs sieht als Mindeststrafe drei Monate Gefängnis vor, auf die das Gericht erkannte. 18 Mark Wochenlohn — aber Beamter! Wenn auch nur in strafrechtlichem Sinne.

Nm 4 Mark 3 Monate ins Gefängnis.

Die Strafsache sind mitunter sehr hart. So lautet der § 244 des Strafgesetzbuchs, daß der Dieb im Rückfall mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder bei Gewährung mildernder Umstände mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft werden muß. Wer also rückfälliger Dieb ist und nur die geringste Kleinigkeit stiehlt, muß ohne Gnade auf 3 Monate ins Gefängnis. Der Dachdecker Rudolf Konrad ist über diesen Paragraphen gestolpert. Er ist gewiß keiner mehr von denen, die sich stets bemühen, recht schaffen durch die Welt zu kommen. Wegen aller möglichen Eigentumsvergehens ist er schon 13mal vorbestraft. Wegen Diebstahls stand er am Freitag abermals vor dem Schöffengericht. Er ist im Rückfall. Aus einem Schuppen seines früheren Arbeitgebers hat er vier Bund Dachspitze gestohlen, die er verkauft. Die Dinger hatten zusammen einen Wert von 4 Mark. Er hat sie noch billiger abgegeben. Und wegen dieser paar Mark muß der Angeklagte auf mindestens 3 Monate ins Gefängnis. Er kann auch zu Zuchthaus verurteilt werden. Hätte er einen Richter gehabt, der nur den Gefängnisparagrafen und die 13 Vorstrafen des Angeklagten gesehen hätte, so wäre er vielleicht wegen der 4 Mark zum Zuchthaus geworden. So fand er aber ein Gericht, das die Härte des Paragraphen in diesem Fall anerkannte und es bei der Mindeststrafe beließ. Immerhin, wegen 4 Mark auf drei Monate ins Gefängnis ist trotzdem eine harte Strafe.

Jugendliche Angeklagte.

Zwei junge Arbeiter, der eine ist 19, der andre 16 Jahre alt, haben ihre Arbeit auf den Kiebsfeldern beendet und vergrünten sich noch ein Viertelstündchen in einem gewisser Dorfgraben. Zu ihnen geflüchtete ein Handelsmann. Der Händler hatte schon in reichlichem Maße dem Alkohol zugeprochen und war, wie man sagt, bereits in „Stimmung“. Der Händler ist spärabel. Er bezahlt für die jungen Leute Bier und kommt mit ihnen ins Gespräch. Da jagt der eine plötzlich: „Meine Mutter hat bald Geburtstag, pade doch mal Deinen Kram aus, vielleicht kaufe ich etwas!“ Der Handelsmann, geschäftstüchtig, packt aus. Schürzen, Hemden, Strümpfe, Handtücher usw. Die jungen Leute beguden sich die Sachen, beobachteten dabei den Händler, dessen „Stimmung immer stimmungsvoller“ wird, und — siehler. Der Händler merkt nichts, obwohl er schon die Hälfte seiner Ware losgegeben war. Er trinkt nur und erzählt. Begl seine Brieftasche mit 180 Mark Inhalt prächtig auf den Tisch und erzählt weiter.

Als er endlich seinen Redefluß eindämmt, muß er zu seinem Schrecken feststellen, daß nicht nur die jungen Leute, sondern auch ein großer Teil seiner Ware und vor allem seine Brieftasche verschwunden war. Alles Schimpfen und Randalieren half nichts, die Burschen waren verschunden. Er ging auf die Suche, aber ohne Erfolg. Erst die Polizei konnte die beiden jungen Leute ermitteln, der sie dann auch nach anfänglichem Leugnen den Diebstahl eingestanden. Ein Teil der Sachen bekam der Händler wieder, das Geld hatten sich aber die jungen Leute geteilt und verjurt. Am Freitag sahen die beiden Kerlchen auf der Anklagebank des Schöffengerichts. Tränen fließen in ihren Augen. Sie glaubten, das käme nicht raus, aber sie wollten es auch bestimmt nicht wieder tun. Das Gericht war in der Beurteilung des Falles sehr milde. Der 19jährige bekam 60 Mark Geldstrafe, der 16jährige, der kaum über 16 Jahre alt war, wurde zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. In einer Kneipe hat er einem Bekannten, mit dem er gezecht hatte, die Brieftasche gestohlen, daraus 50 Mark genommen, die Brieftasche in ein Aloisje gesteckt und ist dann auf und davon gegangen. Auf dem Wege in das Zentrum der Stadt sucht er sich weiblichen Anschluß.

Zwei andre junge Leute nehmen auf der Anklagebank Platz. Der eine ist 21 Jahre alt, Handlungsgehilfe von Beruf, der andre ist im 20. Lebensjahr und nennt sich Konfektionsvolontär. Der Jüngere ist ein fester Bursche, schlan und gewandt, aber zu allen dummen Streichen aufgelegt. Seine erste Lehre mußte er aufgeben, weil er den jungen Damen seines Geschäfts lebendige Frösche unter die Röcke gesteckt und sich damit die Wit der gesamten weiblichen Personals zugezogen hatte. Seine zweite Lehrstelle ging in die Brüche, weil er nicht ganz ehrlich war. Deswegen ist er jetzt angeklagt. Er ist 5mal vorbestraft und ihm ist alles „schuppe“. Er gibt dem Vorstehenden dumme Antworten, ohne damit sein Los zu erleichtern. In einer Kneipe hat er einem Bekannten, mit dem er gezecht hatte, die Brieftasche gestohlen, daraus 50 Mark genommen, die Brieftasche in ein Aloisje gesteckt und ist dann auf und davon gegangen. Auf dem Wege in das Zentrum der Stadt sucht er sich weiblichen Anschluß.

Er findet auch eine „Dane“, die ihn zu neuren versteht und in ein paar Stunden sind die 50 Mark verquieft. Als der Angeklagte dann wieder ohne Barmittel war, stahl er Fahrräder. Dabei ging er ziemlich dreist zu Werke, schenkte sich sogar nicht, aus der Schupfaserne auf dem Schroteplatz zwei der begehrtesten Dinger herauszuholen. Ein drittes Rad stahl er auf der Straße, ein vierter Fahrrad diebstahl konnte ihm mit Sicherheit nicht nachgewiesen werden.

Der Angeklagte gibt alles zu und behauptet, ein Fahrrad hätte der zweite Angeklagte gekauft. Das bestritt dieser aber. Er will das Fahrrad nur als Sicherheit dafür bekommen haben, weil er dem Diebe 15 Mark geliehen hätte. Den Diebstahl bei seiner Firma gibt der Angeklagte zu. Es handelt sich dabei um zwei Schäfte, eine Herrenarmatur und andre Kleinigkeiten. Das Gericht sah die Fahrrad diebstahl hart an und verurteilte ihn trotz seiner Jugend zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der andre Angeklagte kam wegen Diebstahls und Verschleiss mit einem Monat Gefängnis davon, der durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Terquälerci.

Unter recht rohen Tat angeklagt steht der Arbeiter Kurt Brodthuhn, 22 Jahre alt, vor dem Amtsgericht. Der junge Mensch ist schon wiederholt bestraft. In den späten Abendstunden des 9. Mai ging der Angeklagte heimwärts und sah dabei in der Bahnhofstraße, in eine dunkle Ecke gefauert, eine Rahe sitzen. Obwohl das Tier ruhig dafaz, packte der junge Mensch die Rahe plötzlich an den Hinterkopfen und schlug mit voller Wucht das mimmernde Tierchen mit dem Kopf an die Häuserfront. Das wiederholte er so lange, bis er glaubte, daß es tot war. Da aber trotz der mehr als brutalen Behandlung die Rahe noch Lebenszeichen von sich gab, griff er das nur noch rüchelnde Tier noch einmal und schlug es mit aller Kraft an einen Laternenpfahl, daß das Blut nur so spritzte. Damit nicht genug, verunreinigte er auch noch ein Haus in der Bahnhofstraße, in dem er mit dem Blute der Rahe die Häuserfront verschmierte. Das Gericht verurteilte den rohen Burschen zu drei Wochen Gefängnis.

Willy in Annifer,
guf zu Prossen,
Brakmannstr. 29.

Bei Gicht und Rheumatismus trinken Sie zur Auscheidung der Harnsäure den bewährten Seltzer Tee. Mark 1.25 2.00. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

Turnen, Rasenspiele, Wassersport

Volksport

Radfahren, Athletik, Wandern

Der Kampf um das Banner.

„Regen, Wind, wir lachen darüber.“ Ja, sie lachten darüber, die kräftigen jungen Gestalten, die sich am Sonntag mittag am Staatsbürgerplatz sammelten, um unter dem klingelnden Spiele des gesamten Spielertops Groß-Magdeburgs, und unter dem im Winde flatternden Reichsbanner auszugleichen zum Kampfe um das Banner der Ortsgruppe Magdeburg. Aus allen Teilen der Stadt zog sie heran, die Reichsbannerjugend, aus der Neustadt, der Altstadt, aus Wilhelmstadt, Südost, aus Budau usw. In die noch nicht verklangenen Marschritten der angekommenen, hämmerten wieder und wieder die Trommelwirbel der antückenden Abteilungen.

Im festig harten Lakt des Reichsbannermarsches schlossen sich dann die Hunderte zur Formation zusammen und rüdten zum Schupo-Sportplatz ab. Vor dem Bundesbureau am Ratswagelplatz ein kurzer Halt, um das Kampfbanner abzuholen. Und dann ging es zum Sportplatz. Wir sind und sehr langsam aus den Reihen dieser jungen Republikaner das Kampfbanner: Wann wir jahren seit an Seil... als sie, zum friedlichen Wettkampf gerüstet, in die Kampfbahn einbogen. Und darin lag ja der Sinn dieser Bezeichnung auf dem Schroteplatz, die Jugend für den Gemeinheitsgedanken, für den Gedanken der tätigen Hilfsbereitschaft zu gewinnen, und gleichzeitig bei der Reichsbannerjugend das Interesse für Leibesübungen zu wecken. Und so trat denn die auf Abteilungen zum Wettkampf um die Ehre an, mit dem Banner als „Bannermeister“ am der Spitze des Zuges zu marschieren. Ein erster Anlauf zum Kampfe um die Bannermeisterschaft des Bundes.

So wie sich das Wetter gegen Mittag aufhellte, so erinnerte sich der Wettergott zu recht ungelegener Zeit — zu Beginn der Regen die Kampf- und jügendlichen nicht daran hindern, ihr Festes herzugeben im Laufen, Springen und Angeln. Freude leuchtete ihnen aus den Augen, und jügendlich wurden die Sieger von ihren Kameraden begrüßt.

Die fortgeschrittene Zeit und der stürmende Regen machten es den Fortgeschrittenen unmöglich, die Ergebnisse und den neuen „Bannermeister“ noch am Sonntagabend festzustellen und bekanntzugeben. Die Resultatmeldung der Ergebnisliste kann daher erst morgen erfolgen.

Fußball.

Sportfreunde gegen Sturm Schöndorf (1:1 0:1). Beide Mannschaften begaßen sich im Sturmkampf auf dem Sportplatz. Leider wurde auch dieses Spiel durch die Unwetterlage sehr beeinträchtigt. Es kam zu keinem Schuß, die Spieler konnten sich nicht bewegen. Das Spiel wurde nach 15 Minuten abgebrochen. Die Spieler konnten sich nicht bewegen, die Spieler konnten sich nicht bewegen.

Fortuna gegen Sportfreunde (2:1 1:1). Der Fußballklub Fortuna gegen Sportfreunde. Das Spiel wurde durch den Sturm sehr beeinträchtigt. Die Spieler konnten sich nicht bewegen, die Spieler konnten sich nicht bewegen.

konnte Sturm das 2. Tor für sich buchen und so die Führung an sich reißen. Doch schon wenige Minuten später erzielte der Fortunist durch eine gut getretene Ecke den Ausgleich. Dann folgten Angriffe auf Angriff. In der 70. Minute konnte Budau abermals durch Verwandlung einer Ecke in Führung gehen, die es dann nicht wieder abgab. Die 80. Minute brachte einen Schmeißer für Fortunist. Beide Mannschaften verstanden sich sehr gut. Die Fortunisten konnten 2 Tore im Verlauf des Spieles erzielen. Die Fortunisten konnten 2 Tore im Verlauf des Spieles erzielen.

Konfordia Rogäs gegen F. S. Gommern (5:1). Auf dem Gemeindeparkplatz in Rogäs fand ein Spiel statt. Die Konfordia Rogäs gegen F. S. Gommern. Die Konfordia Rogäs gegen F. S. Gommern. Die Konfordia Rogäs gegen F. S. Gommern.

Turner Burg gegen Eintracht (2:2 1:1). Auf dem Eintrachtplatz (Zugstraße) waren beide Mannschaften zum Wettkampf an die Gasse und zum Spiel mit Wind. Die Eintracht Anstalt ist ein festes Spiel ein. Die Turner Burg gegen Eintracht. Die Turner Burg gegen Eintracht.

Bürger Sportklub gegen F. S. Magdeburg (4:0 1:0). Dem Schiedsrichter W. (Sturm 17) hatten sich auf dem Sportplatz viele Zuschauer versammelt. Die Spieler konnten sich nicht bewegen, die Spieler konnten sich nicht bewegen.

Freie Turner Sektion gegen Freie Turner Sektion (1:0 0:0). Die Turner Sektion spielte in der Turnhalle. Die Turner Sektion spielte in der Turnhalle. Die Turner Sektion spielte in der Turnhalle.

Handball. Die Handballmannschaft spielte in der Turnhalle. Die Handballmannschaft spielte in der Turnhalle. Die Handballmannschaft spielte in der Turnhalle.

Schießsport. Die Schießsportmannschaft spielte in der Turnhalle. Die Schießsportmannschaft spielte in der Turnhalle. Die Schießsportmannschaft spielte in der Turnhalle.

Gerienkampf entwickelte sich eine rege Debatte, da die in den vorläufigen Rassenplan vorgesehenen Ränge im Bericht über die in dieser Serie veröffentlichte werden müssen. Jeder Rasseplan der Bundesrat (Gesellschaft) hat die Pflicht, über die in den Rassenplan vorgesehenen Ränge zu entscheiden. Eine Debatte über die Sportbestimmung des Reichsbanners schloß diesen Tagesordnungspunkt zu den Rassenplan im G. w. i. d. e. b. n. haben folgende Vereine gemeldet: Victoria Budau, Atlas Neue Neustadt, Eiche Ferrierleben, Herkules Althaus, Sportvereinigung Oberleben, Adler Magdeburg und Einigkeit Althaus. Im Rassenplan Magdeburg und Sportvereinigung Oberleben. Im Rassenplan Magdeburg und Sportvereinigung Oberleben. Im Rassenplan Magdeburg und Sportvereinigung Oberleben.

Wassersport. Am Sonntag veranstaltete der Arbeiter-Schwimmerverein in Uferleben sein zweites großes Schwimmfest zu dem die Abteilung Altstadt des Freien Wassersportvereins Groß-Magdeburg seine Mannschaften abmeldet hatte. Der junge Uferlebener Verein war keine Ruhe und Arbeit gefahren, sein Fest schönlich zu gestalten. Es waren Vereine von Halle, Saale, Harz, Halle, Osterfeld, Berlin, Neukölln, Berlin, Staßfurt und Zerbst erschienen, um im friedlichen Wettkampf ihre Kräfte zu messen. Bis anläßlich 400 Zuhauern wurde das Programm voll abgemacht. Die Resultate sind folgende:

Radspport. Arbeiter-Radfahrerverein in Schaufeld. Am 4. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltete der Verein im Gewerkschaftshaus ein 5- und 10-Kilo-Vier-Kilometer-Rennen auf der Wüste. Es hatten Eiche, Pötel, Neubauer, Schulze, Kriemann, Wehne, (Bannermeister), Keising, Müller, Gens, Sommer (Bannermeister), Barth, Löwenroth, Freunde und Gönner des Rennsports sich beteiligt willkommen.

Aus dem bürgerlichen Sportlager. **Alteiler Sport.** Fußball: Fortuna Magdeburg gegen Preußen Magdeburg 3:1; Germania 3:1; Germania 3:1; Germania 3:1. **Wassersport:** Den Schwimmklub in Magdeburg gegen die Sportfreunde in Uferleben. **Handball:** Hamburg gegen Berlin 1:7. Das Spiel fand in Hamburg statt. Germania Halle hatte sich gegen Berlin verpflichtet und mußte aus dem Spiel ausfallen.

Sportnotizen. Das bürgerliche Hüllesheim. In Anerkennung für die geleistete Arbeit und die erzielten Erfolge wurde dem Sportplatz-Bundesrat von der Hüllesheimer Hüllesheim-Gesellschaft ein goldener Ehrenbrief verliehen. **Ein Museum für Leibesübungen.** Vor einigen Jahren tauchte die Idee auf, ein Museum für Leibesübungen zu gründen. Die Idee wurde von der Hüllesheimer Hüllesheim-Gesellschaft aufgegriffen und von der Stadt Magdeburg unterstützt.

Aus den Arbeitsgerichten.

Auch ein Entlassungsgrund.

Eine Reihe eigenartiger Zufälle hatte den Revolverdreh...

Der Kläger wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen...

Geschäftsschädigung.

Die Firma Knopf Söhne, Breiter Weg 220, hielt sich für...

Im zweiten Termin lag dem Gericht eine schriftliche...

Im letzten Termin war der Zeuge W. erschienen. Er beh...

sehr unfachgemäß bezeichnet habe. Das beweise unter anderem...

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Streik in den Danziger Eisenbahnwerkstätten. Da die...

Zur Gehaltsbewegung der Reichsbahnbeamten. Sofort...

Besuch ausländischer Gewerkschaftsschulen durch deutsche...

Kleine Chronik.

Blut in Gleiwitz. Am Sonnabend spielte sich im Handels...

Aus Verzweiflung in den Tod. Die 12jährige Tochter...

Seinen Freund erschossen. Wieder hat das Leichtsin...

Jeder der beiden besaß eine Pistole. Sie zeigten sich gegenseitig...

Eisenbahnunglück bei Kassel. Auf der Nebenbahnstrecke...

Größter in einer Jahnbüchsenfabrik. Das Fabrikgebäude...

Hoteldiebe. Mit außerordentlicher Geschwindigkeit haben...

Wasserstände.

Table with columns: Elbe, Fall, Mühl, Mühl, and various locations like Mühl, Anstalt und Saale, etc.

Wetterbericht.

Das gestern morgen an der Elbemündung beobachtete flache Tiefdruck...

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Advertisement for BIOX ZAHNPASTA, featuring a toothbrush and text about dental hygiene.

Advertisement for 'Leihhaus' (loan shop) and 'Eiserne Milit.-Bettstellen' (military beds).

Advertisement for 'Henriette Schau' (Bettengeschäft) and 'Bettfedern' (mattress springs).

Advertisement for 'Der kleine Brockhaus' (dictionary) and 'Buchhandlung Volksstimme'.

Large advertisement for 'SIL' (bleach) by Henkel, showing a woman washing clothes.

Advertisement for 'Bekanntmachung' (notice) regarding a council meeting.

Advertisement for '8 geübte Stepperinnen' (8 experienced typewriters).

Advertisement for 'Zeitungsträgerin gesucht!' (newspaper carrier wanted).

Advertisement for 'Bekanntmachung' (notice) regarding a council meeting.

Advertisement for 'Leute zum Zuckerrübenarbeiten' (workers for sugar beet).

Advertisement for 'Klempnerarbeiten' (plumbing work) and 'Novelle'.

Advertisement for 'Lorenz' (beds) and 'Goethestraße 37'.

Advertisement for 'Roneo' (typewriter) and 'Udo Seiff'.

Advertisement for 'Neue spottbillige Federbetten' (cheap beds).

Advertisement for '50 Mark Belohnung!' (50 Mark reward).

Advertisement for 'Gesellschaftshaus Stadt Loburg' (clubhouse).

Advertisement for 'Herren- u. Damen-Stoffe' (men's and women's fabrics).

Advertisement for 'Bekanntmachung' (notice) regarding council matters.

Nachdem jeder davon spricht,

dürfen auch Sie nicht länger warten. Besuchen Sie noch heute den Film aus der tollen Wiener Inflationszeit nach Hugo Bettauers vielangefeindetem Sittensroman

Die freudlose Gasse

Deutschlands Schauspielereite gibt Ihnen in 9 fesselnden Akten ein Erlebnis, das Sie bis ins Innerste packt und aufröhrt.

Die neuste Deulig-Woche

Die freudlose Gasse



Panorama-Lichtspiele

Beginn: Werktags 1/5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Baby Peggy macht Stimmung!

Das Publikum weint und lacht.

Die Macht des Kindes

ist der entzückendste Film des Jahres.

Der zweite Film

Fräulein Frau

mit der preisgekrönten Schönheit Jca v. Lentzschy in der Hauptrolle feiert vom ersten bis zum letzten Bild.

Die neuste Deulig-Woche



Zirkus-Lichtspiele

Beginn werktags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

ZENTRAL

Täglich 8 Uhr

Die große Schlager-Oberette

Das Radiomädel

Musik von Paul Weiner

Sonntags zwei Vorstellungen
4 Uhr (kleine Dreier) und 8 Uhr

Siebtägiger Kartenvorverkauf

FÜRSTENHOF ARKADIA

Eingang Prinzenstraße

8 Uhr Abendlich 9 Uhr

Die große Sensation aus dem Leben des weltber. Detektivs Sherlock Holmes

Der Hund von Baskerville

Detectiv-Schauspiel von Ferd. Bonn

1. Akt Das Licht im Moor

2. Akt Der Schatz von Baskerville

3. Akt Das einsame Haus

4. Akt Zur Strecke gebracht

Vorverkauf 11-1 Uhr 60 u. 85 nummeriert

Ein prachtvoller Schauspieler:

Iwan Mosjukin

spielt in verschiedenen Rollen in stets gleichbleibender Vollendung die Hauptrolle des Films

Das geheimnisvolle Haus

Unschuldig verurteilt eine ungeheuer spannende, hinterfahrende Handlung.

Die reich heiraten wollen

elegantes Situationschauspiel.

Die neuste Deulig-Woche.



Kammer-Lichtspiele

Beginn: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Preussische Staatslotterie

Klasse zur 1. Klasse 26. (252.) Lotterie

Ziehung am 16. und 17. Oktober

nach verbessertem Plane und unter Befreiung der Lotteriegewinne von der Einkommensteuer haben noch abzugeben

die staatlichen Lotterie-Einnehmer

Rich. Vogel, Baenschstr. 6 Georg Selle, Breiter Weg 187
Fernsprecher 188 Fernsprecher 2786
Postfachkonto Magdeburg 3103 Postfachkonto 2722

Unübertroffen

Arbeits-Hosen

G. Gehse,

an Güte sind die von
an Babform mir selbst
an Verarbeitung angefertigten
1877
langjährige Spezialität
der Firma
Johannsfahrstraße 13/14.

Die Bergwirtschaft Ruine Lauenburg

ist von der Station Neinstedt oder Suderode leicht zu erreichen. Dieselbe ist jeden Tag, auch im Winter, geöffnet.
Für prima Getränke und gut gehetzte Veranda ist stets gesorgt. Auf den herrlichen Ausblick bei der jetzigen Laubfärbung mache ich ganz besonders aufmerksam. Ebenso ist das Hirschbrüllen von hier aus deutlich zu hören.
Ich bitte um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Emil Püschel.

Rum zu Grog		Rum zu Grog
Rum zu Grog	VOCO	Rum zu Grog
Rum zu Grog		Rum zu Grog

VOGEL & CO. A.-G., BRAUNEHIRSCHSTRASSE 2

Magdeburger Herbststrennen

Sonntag den 4. Oktober 1925 nachmittags 2 Uhr

Flach- und Hindernisrennen

Preise der Plätze: Res. Platz Mk. 5.00, Kinder Mk. 1.50
Sattelplatz Mk. 3.00, Kinder Mk. 1.00
1. Platz Mk. 1.50, Kinder Mk. 0.50
2. Platz Mk. 0.50

Ab heute Dienstag

Ein Sittenbild unserer Tage
Der Rhythmus unserer Tage

Elegantes Pack

Ein Großkaufmann und sein Rechtsanwalt
Ehemann und Hausfreund suchen jeder zu seinem Rechte zu kommen.
Eine elegante Dame und eine Bardame
Mutter und Tochter schlagen sich durch die Welt, in der man sich amüsiert.
Ein heruntergekommener Künstler und Tochter
werden in den Straßen der oberen Zelmasend gerissen.
Der Barmixer und eine Dame aus Berlin W.
bilden in einer ausgelassenen Nacht ein wenig überausstimmendes Paar.
Die fabelhafte Besetzung!

Eugen Klöpfer	Hanni Weiße	Mary Odelle
Frieda Richard	Louis Ralph	Paul Morgan
Johannes Riemann	Hans Brausewetter	

Die Frau ohne Kind

2 Kapellen
Unser Hausorchester unter Leitung des Kapellmeisters Ernst Eggen
Außerdem:
Die Original-Jazzband
Beginn: 1/5, 1/7, 1/9 Uhr. Ununterbrochener Einlaß.

Am jedem Zweifel

verzweifelnd sind nur die G. H. Rheuma, Haut, Bein, Brustschmerzen, Leber, Gallen und Stoffwechsel-Krankheiten die so enge en Behandlungstage durchlebende meine Spezialität ist. Elektro, Behandlung, Hochfrequenz-Behandlungen sind völlig wertlos, wenn der er nicht mit 16-18 Sitzungen behandelt wird. nur 6 Mark.

G. Hölle, Magdeburg-Neust.
Am Weinberg Nr. 17 18.

Pianos

(brechtvolle Instrumente)
habe noch besetzt. Bitte, auch ab 450, 900 und 950 Mark. Gerne wünschenswert, bequeme Zahlungsplan.
Weidners Pianohaus, Bahndammstraße Nr. 20.

Damen-Garderobe

neue und wenig getragene, vollwertige Kleider, Kostüme, Pelze, etc.
Winterkartoffeln
besten ab Lager Hauptkeller, an der Ecke der Westhafenstraße nach Wunsch vom 2. bis 3. Oktober 1925.
Herm. Klutentretter
Telephon Amt Dresden 42586 und 42587.

Bang! Bockau u. Fernerleben Bang!

Bestante Bühnen- u. Bühnen, Eingang, Szenen- u. etc.
Prima Industrie-Kartoffeln
Zentrum ab Bahndamm 3.75, drei Hufe 4.00.
Bernhard Blau, Bajedowstr. 12.

Allgemeiner Konsumverein für Stendal und Umgegend

Die Kassen werden abgenommen am:
Mittwoch, 9. September, v. 11 bis 5.00
Donnerstag, 1. Oktober, v. 11 bis 5.00
Freitag, 2. Oktober, v. 11 bis 5.00
Samstag, 3. Oktober, v. 11 bis 5.00
im Kontor, Westendstraße 19.
Der Vorstand.

Lesen Sie bitte und dann

Die Walhalla-Lichtspiele haben sich nach dem großen Erfolg des Serie-Films auch für die neue Spielwoche sehr gut eingebest. Zwei Groß-Großfilme sind es, die, jede in Anlage und Handlung, grundverschieden, für doch qualitativ die Waage halten. Beides sind Kabinettstücke der Film- und Musikwelt. Der erste handelt von „Liebesurlaub einer Königin“ und schildert in einem prächtigen und hoch geschmackvollen Rahmen die Abenteuer der Königin irgend eines Landes, die diese in der Sommerfrische, fernab der Residenz, erlebt. Die Schöne, Benedly und nachfolgend eingerichtete Paläste sind die Stätten ihrer Liebeseligkeit. Der Film ist - kein ordentlicher Vorzug - besetzt gehalten und wirkt bei aller Verwickeltheit der Handlung doch stets vornehm. Nicht minder gut gelungen ist das zweite Filmmittel. Es handelt sich um nichts weniger als den verfilmten Shakespeare'schen „Sommertraum“. Hier hat Hans Reumann als Regisseur im Verein mit ausgezeichneten Darstellern eine anerkanntwertige Leistung vollbracht. Nicht übergegangen sein sollen auch die wichtigen Werke, mit denen Klub und die bildliche Darstellung treffend unterstützt.

Walhalla-Lichtspiele

Ab Donnerstag:
Die Bacchantin
nach dem Roman von Ludwig Ganghofer.